


222. KR-Sitzung, Montag, 27. März 2023, 08:15 Uhr

 Vorsitz: *Esther Guyer (Grüne, Zürich)*
Verhandlungsgegenstände

- 1. Mitteilungen 2**
 Antworten auf Anfragen
 Ratsprotokoll zur Einsichtnahme
- 2. Klimaschutz: Desinvestition der ZKB aus fossilen Investitionen 2**
 Antrag der Redaktionskommission vom 23. Februar 2023
 KR-Nr. 233/2018
- 3. Objektkredit für den Neubau des FORUM UZH 3**
 Antrag des Regierungsrates vom 16. März 2022 und geänderter Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 29. November 2022
 Vorlage 5811a (*Ausgabenbremse*)
- 4. Infrastrukturprojekte Hochschulgebiet Zürich Zentrum 1. Entwicklungsachse 39**
 Antrag des Regierungsrates vom 24. März 2022 und geänderter Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 28. Februar 2023
 Vorlage 5814a (*Ausgabenbremse*)
- 5. Unterricht in verschiedenen Anforderungsstufen ohne Auflösung des Klassenverbands 53**
 Antrag des Regierungsrates vom 5. Oktober 2022 zum Postulat KR-Nr. 210/2018 und gleichlautender Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 21. Februar 2023
 KR-Nr. 210/2018

1. Mitteilungen

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Esther Guyer: Wünschen Sie das Wort zur Geschäftsliste? Dies ist nicht der Fall. Wir fahren fort wie vorgesehen.

Antworten auf Anfragen

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Regierungsrat hat uns die Antwort auf eine Anfrage zugestellt:

- KR-Nr. 38/2023, Schleichende Privatisierung der Polizei und kantonalen Sicherheitsangestellter?

Nicola Siegrist (SP, Zürich), Anne-Claude Hensch Frei (AL, Zürich), Kathrin Stutz (Grüne, Zürich)

Ratsprotokoll zur Einsichtnahme

Auf der Webseite des Kantonsrates ist einsehbar:

- Protokoll der 220. Sitzung vom 13. März 2023, 8.15 Uhr

2. Klimaschutz: Desinvestition der ZKB aus fossilen Investitionen

Antrag der Redaktionskommission vom 23. Februar 2023

KR-Nr. 233/2018

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), Präsidentin der Redaktionskommission: Die Redaktionskommission hat diese Vorlage geprüft. Wir haben nur in Paragraph 2 Absatz 1 eine ganz kleine redaktionelle Änderung vorgenommen. Besten Dank.

Redaktionslesung

Titel und Ingress

I. Das Kantonalbankgesetz vom 28. September 1997 wird wie folgt geändert:

§§ 2 und 7

II.–IV.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Dispositiv

Titel und Vorbemerkungen

I. und II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 85 : 64 Stimmen (bei 1 Enthaltung), der Vorlage 233b/2018 zuzustimmen.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Objektkredit für den Neubau des FORUM UZH

Antrag des Regierungsrates vom 16. März 2022 und geänderter Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 29. November 2022
Vorlage 5811a (*Ausgabenbremse*)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Ziffer römisch I untersteht der Ausgabenbremse.

Andrew Katumba (SP, Zürich), Präsident der Kommission für Planung und Bau (KPB): Mit der Vorlage 5811 beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat die Bewilligung eines Objektkredites über 598 Millionen Franken für den Neubau des FORUM UZH der Universität Zürich (UZH). Dabei sind 552 Millionen Franken zulasten der Leistungsgruppe 7050, Hochbau, Investitionen Bildungsdirektion, und 46 Millionen Franken zulasten der Leistungsgruppe 9600, der Universität Zürich, vorgesehen. Mit den voraussichtlichen Baukosten von rund 600 Millionen Franken handelt es sich um ein kantonales Grossprojekt, das von der Grössenordnung her vergleichbar ist mit dem Neubau des Kinderspitals Zürich oder dem unlängst fertiggestellten Polizei- und Justizzentrum (PJZ).

Grundlage für den Neubau des FORUM UZH bildet der im Jahre 2018 vom Bund festgesetzte Richtplan «Gebietsplanung Hochschulgebiet Zürich Zentrum». Er bildet zusammen mit dem Weissbuch «Hochschulgebiet Zürich Zentrum» die Planungsgrundsätze für eine hohe städtebauliche und aussenräumliche Gestaltung und die Leitlinien im Umgang mit den historischen Gebäuden und Parkanlagen. Die erste Entwicklungsachse, zu der auch das nachfolgende Geschäft «Infrastrukturprojekte Hochschulgebiet Zürich Zentrum» (*Vorlage 5814a*)

gehört, hat einen Zeithorizont bis ins Jahr 2030. Die beiden Geschäfte 5811 und 5814 werden separat behandelt. Sie hängen zwar beide zusammen, werfen inhaltlich jedoch sehr unterschiedliche Fragen auf. Zu dieser ersten Entwicklungsachse gehört neben dem FORUM UZH auch die erste Etappe des Spitalneubaus des USZ (*Universitätsspital Zürich*) im Kernareal Ost, wo schräg gegenüber dem Careum gegenwärtig die Bauarbeiten laufen. Der von Herzog & de Meuron Architekten entworfene Neubau soll prominent an der Rämistrasse 80, dem Ort der heutigen Sportanlage Wässerwies, zu stehen kommen. Das Gebäude übernimmt somit eine Schlüsselfunktion im Gesamtbild des Hochschulgebietes Zürich Zentrum. Es stellt das räumliche Bindeglied zwischen den drei traditionsreichen Institutionen Universität Zürich, Universitätsspital Zürich und ETH Zürich her. Der geplante Neubau steht aber auch für den Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Damit bekommt das Hochschulgebiet ein identitätsstiftendes Bildungs- und Forschungszentrum, welches einen Teil des Wachstums in den kommenden Jahren abdecken wird.

Mit dem Neubau kann sichergestellt werden, dass die dringend benötigten zusätzlichen Flächen für Lehre und Forschung bis ins Jahr 2029 zur Verfügung gestellt werden. Die anhaltend steigenden Studierendenzahlen im Kanton Zürich sind denn auch Auslöser für diesen markanten Neubau. Mit rund 28'000 Studierenden und rund 10'000 Mitarbeitenden aus dem Lehrkörper gehört die Universität Zürich zu den grössten Universitäten der Schweiz. Das FORUM UZH soll mit dem Neubau die dringend benötigten zusätzlichen Flächen zur Verfügung stellen und somit weiterhin die hohe Qualität und die Zukunft des Bildungsstandortes Zürich sicherstellen. Der Präsident der KBIK (*Kommission für Bildung und Kultur*), Christoph Ziegler, wird Ihnen im Anschluss den Mitbericht der Kommission vorstellen.

Das Gebäude orientiert sich an den umliegenden Bauten der Universität und der ETH. Diese historischen Kronbauten stehen etwas zurückversetzt und reagieren mit Sockeln und Terrassen auf die topografischen Gegebenheiten entlang der Rämistrasse. Das FORUM UZH greift diese städtebaulichen und innenräumlichen Typologien in zeitgenössischer Anwendung auf und fügt sich ebenfalls sanft terrassenartig in den Hang ein. Diese Plateaus verbinden fliessend die Innen- und Aussenräume und sollen zu Begegnungsorten für Studierende, Forschende und letztlich die gesamte Bevölkerung werden. Im Hochschulgebiet entsteht somit an prominenter Lage ein signifikantes Bildungs- und Forschungszentrum, das den Ansprüchen moderner Lehr- und Lernformen gerecht werden soll.

Der siebenstöckige Holz-Beton-Hybrid-Bau steht auf einem soliden Betonsockel. Darüber bildet sich ein kompakter Holz-Trapezkörper. Herausragendes architektonisches Element dieses Baus sind die auffällig geschwungenen «Brisés Soleil», die anstelle eines aussenliegenden Sonnenschutzes eingesetzt werden und somit die direkte Sonneneinstrahlung ins Gebäude und wiederum die Überhitzung der Innenräume verhindern sollen. Namengebendes und zugleich zentrales Element des Gebäudes ist das FORUM, das gleichzeitig als Aufenthaltsort für Studierende dient, aber auch Raum für öffentliche Veranstaltungen bietet. Geplant sind insgesamt fünf Hörsäle mit 2000 Plätzen, eine Bibliothek und ein Lernzentrum sowie Seminarräume für verschiedene Lehrformate. Im Sockel selber sind unter anderem vier Sporthallen untergebracht, die ebenfalls von Schülerinnen und Schülern der naheliegenden Kantonsschule mitbenutzt werden können. Zudem sind Räumlichkeiten für die Fakultäten der Rechtswissenschaften, der Wirtschaftswissenschaften und der Neueren Sprachwissenschaften vorgesehen. Die flexiblen Lehr- und Lernräume sowie der Forschungsbereich fördern die interdisziplinäre Zusammenarbeit. Bis auf wenige Ausnahmen sind nur wenige Einzelbüros für den Lehrkörper vorgesehen. Somit fügen sich alle Fakultäten, unabhängig von Rang und Namen, den neuen Arbeitskulturen unter. Der Neubau umfasst insgesamt rund 37'000 Quadratmeter Hauptnutzfläche für rund 6000 Studierende und 1000 Dozierende. Trotz den beschriebenen Dimensionen vermag das Gebäude das Studierendenwachstum nicht vollumfänglich zu absorbieren. Weitere Ausbauschritte insbesondere auf dem Campus Irchel sind bereits in Planung.

Beiden Kommissionen, also der KBIK und der KPB, wurde das Projekt durch Vertreterinnen und Vertreter der Bildungsdirektion, der Baudirektion sowie der Universität Zürich ausführlich präsentiert. Die KPB ist gegenüber dem Grossprojekt grundsätzlich positiv eingestellt. Die Bildungsdirektion hat das Projekt grundlegend überarbeitet und auf die Bedürfnisse eines modernen Lehrbetriebes ausgerichtet. So hat sie die Kapazität der Hörsäle reduziert und auch darauf geachtet, dass die Vorlesungen künftig auch hybrid stattfinden können. Auch wurde die Anzahl Lernkojen im Atrium erhöht. Unter anderem hat hier die Pandemie zur Lernkurve innerhalb der Direktionen beigetragen. Die gesamten Kosten wurden einem straffen «Design to cost»-Prozess unterzogen, womit weitere Kosten eingespart werden konnten.

Dennoch wurden die Gesamtkosten von einem Teil der Kommission als sehr hoch eingeschätzt, auch wenn sie bei näherem Hinschauen durchaus nachvollziehbar sind. Herausforderungen sieht die Kommission

nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Verkehrserschliessung, auf die ich beim nachfolgenden Geschäft noch zu sprechen komme. Moniert wurde aber auch, dass zu wenige Veloabstellplätze eingeplant wurden oder dass man noch mehr PV-Anlagen (*Fotovoltaik*) auf dem Dach hätte anbringen können. Beim Dach wurde jedoch nicht nur auf Fotovoltaik gesetzt, das Dach soll zudem auch durch eine üppige Vegetation einen Beitrag zur Verbesserung des Stadtklimas und der Artenvielfalt leisten. Die Fotovoltaik-Anlage wiederum soll mit einer Rankenbepflanzung versehen werden, sodass sich die immense Dachlandschaft von oben respektive auch vom Zürichberg aus elegant in die Stadtlandschaft einfügt. Angesichts der enormen Komplexität und des doch weit fortgeschrittenen Stands der Planung wäre es für die Kommission schwierig gewesen, hier noch an einzelnen Projekt-Details herumzuschrauben. Die Kommission kam zum Schluss, dass sie dem Projekt grünes Licht geben und den Objektkredit grundsätzlich bewilligen möchte.

Dennoch gab sich kurz vor Beratungsschluss eine alte Bekannte ein Stelldichein, welche bereits in der Vergangenheit wiederholt zum Zankapfel zwischen den Parteien geworden ist, ich spreche hier von der Kunst am Bau. Ich erlaube mir hier zuhanden des Protokolls kurz auf die Rechtsgrundlagen hinzuweisen: Der Auftrag für Kunst am Bau-Projekte basiert auf dem Kulturfördergesetz, Paragraf 1, Absatz 1. Dieses gibt den kulturpolitischen Auftrag zur Förderung des geistigen und kulturellen Lebens zu Stadt und Land durch Beiträge an Institutionen, Veranstaltungen und Werke. Darauf basierend, erstellt der Kanton Zürich seine Bauvorhaben gemäss einer verbindlichen Leitlinie des Regierungsrates. Hier sprechen wir vom RRB (*Regierungsratsbeschluss*) 575 aus dem Jahr 2017 und dem RRB 518 aus dem Jahr 2022. Es können rund 0,5 Prozent der gesamten Bausumme für Kunst-am-Bau-Projekte reserviert werden. Der Betrag ist nicht bindend. Die Kommissionsmehrheit ist der Ansicht, dass dieser Betrag zu hoch ist. Sie beantragt dem Kantonsrat, diesen Betrag um 1,3 Millionen Franken zu kürzen. Eine Kommissionsminderheit möchte hingegen dem Antrag des Regierungsrates folgen und die gesamte Summe für Kunst am Bau zur Verfügung stellen. Eine weitere Kommissionsminderheit wiederum möchte die gesamten Mittel für Kunst am Bau streichen und das imposante Gebäude für sich selber sprechen lassen. Angesichts der wiederkehrenden Streichungsanträge in unserer Kommission wäre eine verbindlichere gesetzliche Regelung wohl angebracht.

Im Namen der Kommissionsmehrheit beantrage ich Ihnen, den Objektkredit über insgesamt 598 Millionen Franken um 1,3 Millionen Franken

auf neu 596,7 Millionen Franken zu kürzen und der entsprechend angepassten Vorlage 5811a zuzustimmen. Besten Dank.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg), Präsident der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Es ist ein Geschäft am heutigen Bildungsmorgen, bei dem es um ein grosses Bauvorhaben geht und das eigentlich in der KPB besprochen wurde. Die KBIK hat hierzu aber nicht nur einen Mitbericht verfasst, sondern wir haben gemeinsam mit der KPB die Vorlage präsentiert bekommen und konnten dazu auch den Beteiligten Fragen stellen. Die KBIK schätzt diese Art von kommissionsübergreifender Zusammenarbeit und ich möchte allen Beteiligten dafür danken.

Nachdem mein Vorredner Andrew Katumba vor allem auf die baulichen Aspekte eingegangen ist, komme ich nun auf die pädagogischen Aspekte zu sprechen. Als Erstes möchte ich betonen, dass die Raumbedürfnisse unbestritten sind. Das Schülerwachstum ist in der Volksschule manifest und wird sich in ein paar Jahren auf die Studierendenzahlen auswirken, ohne dass die Maturitätsquote von 20 Prozent steigt. Wenn wir mit dem Projekt FORUM UZH vorwärtsmachen, sind wir 2029 hoffentlich rechtzeitig bereit für die zusätzlich erwarteten 6000 Studierenden und 1100 Mitarbeiter. Die KBIK begrüsst die Verzahnung von Lehre, Forschung, Sport und Bibliothek. Die verschiedenen Disziplinen kommen an einem Ort zusammen und das bringt die Forschenden in direkten Kontakt mit der Bevölkerung. Das FORUM bildet einen akademischen Drehplatz. Es ist auch dank öffentlicher Cafeterias ein kommunikativer Dreh- und Angelpunkt. Der Ort kann für Veranstaltungen genutzt werden. Auch während der Semesterferien kann und soll geforscht und gelernt werden. Dafür bietet sich das FORUM an. Verschiedene Terrassen schaffen Bewegungsräume und vernetzen das Bildungs- und Forschungszentrum mit dem Quartier, die Universität öffnet sich.

Noch ein Wort zu den Sporthallen: Die Sporthallen werden von den Mittelschulen und dem ASVZ (*Akademischer Sportverband Zürich*) genutzt. Mit neuen Konzepten soll auch hier knappen Platzverhältnissen begegnet werden. Offensichtlich geht der Trend zum individuellen Training und weg vom Mannschaftssport, also hin zu kleineren Fitness- und Gymnastikräumen und weg von grossen Hallen.

«Flexibilität», ein Wort, das bei der Präsentation des Neubaus der Universität immer wieder gefallen ist. Seminarräume sollen flexibel nutzbar sein. Nur 15 Prozent sind Einzelbüros, die anderen können flexibel eingeteilt, möbliert und, wenn angebracht, getrennt werden. Nur wer häufig vor Ort ist, erhält einen eigenen Arbeitsplatz. Andere werden

sich sogenannte non-territoriale Arbeitsplätze teilen, also ein flexibles Bürokonzept. Aber auch von der Unileitung ist Flexibilität gefordert. Mit einer didaktisch sinnvollen Nutzung, mit Innovationen und sorgfältiger Disposition sollen die Hörsäle optimal ausgelastet werden. Ursprünglich waren grössere Hörsäle geplant. Die Pandemie hat uns aber gelehrt, dass der Trend hin zu weniger Grossveranstaltungen geht. Nicht alle Studierenden müssen unbedingt am gleichen Ort zur gleichen Zeit physisch anwesend sein. Digitale Angebote, neue Lehr- und Arbeitsformen, Lernlandschaften können für etwas Entlastung hinsichtlich des immer grösseren Platzbedarfs sorgen. Neu soll es also fünf Säle für je 400 bis 500 Studenten und Studentinnen geben. Die Bestuhlung ist aufsteigend konzipiert. Auf dem Boden kann man aber Tische und Lernplätze anbieten. Bei den Eingängen ist die Bestuhlung flexibel. Die KBIK ist durchaus angetan vom zweckmässigen Neubau des FORUM UZH und sieht ihre Fragen bezüglich den pädagogischen Überlegungen zur Zufriedenheit geklärt. Sie erwartet, dass die Platzbedürfnisse am Standort Zentrum für die nächsten Jahre befriedigend gelöst werden können.

Peter Schick (SVP, Zürich): Der Kommissionspräsident hat schon ziemlich alles gesagt zu diesem Geschäft. Wir haben dieses Geschäft ausführlich in der Kommission beraten. Es wurden unzählige Fragen gestellt. Alle wurden vom Hochbauamt und den Univerantwortlichen ausführlich beantwortet, hierzu ein Dankeschön an diese Personen. 598 Millionen Franken sind schon sehr viel Geld, das da ausgegeben wird für – einfach ausgedrückt – ein Schulhaus. Dem ist natürlich nicht so, es soll ein Studienplatz werden für die Universität. Das Wachstum der Studierenden soll in den nächsten Jahren bei 2 Prozent jährlich liegen, von heute über 28'100 auf fast 34'000 im Jahr 2029. Dieser Bau soll die dringend benötigten zusätzlichen Flächen für Lehre und Forschung sicherstellen. Vorerst einmal kann die Platznot eingedämmt werden, für wie lange, wissen wir alle nicht. Das FORUM soll eine Schlüsselfunktion für ein lebendiges Quartier haben, so der Wunsch aufgrund der städtebaulichen Situation. Durch die Hanglage liegt über die Hälfte des Gebäudevolumens – das sind 53 Prozent – unterirdisch. Dadurch konnte ein Stadtplatz generiert werden. Das grosse unterirdische Gebäudevolumen treibt aber natürlich auch die Kosten in die Höhe. Im Vorfeld des wünschbaren Projekts mussten zwingend die Kosten heruntergeschraubt werden: durch Projektoptimierungen und Verzichtsmassnahmen von ursprünglich 690 Millionen auf 575 Millionen und, in

der erweiterten Kostenbetrachtung, auf 510 Millionen Franken Zielkosten. Es kommen natürlich noch die Reserven obendrauf, was dann die 598 Millionen Franken ergibt. Ob zum Beispiel die Reserve für ausserordentliche Materialteuerungen von 6,5 Millionen Franken reichen werden, bleibe einmal dahingestellt. Das Thema «Nachhaltigkeit» wird hier grossgeschrieben. Minergie P eco, Anschluss an die Fernwärme, Fotovoltaik-Anlage, intensiv begrünte Fassade, Hybrid-Bau in Holz und Beton. Dies soll ein Wink zum Postulat 423/2021, «Nachhaltigkeit Hochbau» sein. Hier wird das schon umgesetzt, was im Postulat gefordert wird, ohne dass der Kanton sich eingemischt hat.

Städtebaulich soll das Gebäude etwas hergeben, die Architekten Herzog & de Meuron werden da etwas hinstellen, das dem sehr nahekommt. Es soll für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Am ganzen Gebäude hat es zum Teil spezielle Details, so zum Beispiel die Fassade, die ohne Sonnenstoren auskommt, dank den aussenliegenden Brises Soleil. Es soll dadurch weniger Energie für die Kühlung aufgewendet werden und der Sonnenschutz soll für die Räume optimal sein – interessant. Zum Abschluss kann man sagen, dass hier Architekturkunst hingestellt wird. Kunst am Bau, das wurde schon erwähnt, wird hier gar nicht benötigt. Das Objekt soll für sich sprechen. Zum Antrag «Kunst am Bau» werde ich dann später noch etwas mehr sagen. Die SVP stimmt dieser Vorlage zu, auch wenn sie überrissen viel kostet.

Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal): Von den baulichen über die pädagogischen zu den gesellschaftlichen Aspekten – das FORUM soll zur akademischen Drehscheibe werden, haben wir von Christoph Ziegler gehört. Die Wässerwies, ein akademischer Marktplatz? Mit dem FORUM UZH soll sie Lehr-, Forschungs- und Begegnungsort werden. Es braucht mehr öffentliches Leben im universitären Quartier. Das Projekt nimmt aktuelle Entwicklungen und Trends auf und wird ein Zeichen setzen für die Zukunft und für die Stadt. Die SP unterstützt die Vorlage des Regierungsrates.

Ein Forum ist in der römischen Antike ein Stadt- und Marktplatz, in der Kultur ist es ein Ort zur Kommunikation. Ein FORUM UZH ist also ein akademischer Marktplatz. Es will gemäss Architekt Jacques Herzog ein Motor für das Entstehen von öffentlichem Leben in diesem universitären Quartier sein. Ein begrünter Platz am Gloriarank ist der Empfang zum FORUM, zu einem alles verbindenden Innenhof des Gebäudes. Dieser verbindet die Bereiche für die Lehre und für die Forschung. Der

Raum ist das Zentrum des neuen Gebäudes. Es ist Aufenthalts-, Begegnungs- und Arbeitsraum in einem und bietet einen Ort für universitäre und öffentliche Veranstaltungen.

Das Projekt ist immens: 66'000 Quadratmeter Geschossfläche, Raum für 6000 Studierende und Mitarbeitende, Hörsäle mit 2100 Plätzen, 39 Seminarräume mit rund 600 Plätzen. Rund 750 Studierenden-Arbeitsplätze, rund 780 Forschungs-Arbeitsplätze, 2000 Essen pro Tag, vier Turnhallen, Bibliothek mit rund 191'000 Medien, ein grosses Vorhaben, wofür wir heute viel Geld sprechen. Wir werden über zwei Kürzungsanträge debattieren. Sie meinen, gute Architektur erübrige die Kunst am Bau. Kunst ist ein wesentlicher Bestandteil der Bildung und des öffentlichen Lebens, zu Kunst am Bau werde ich mich später äussern.

Ich komme zum Schluss: Ein Motor für einen lebendigen Stadtteil soll das FORUM UZH sein. Wir von der SP wollen ein Zentrum für die Universität und die Bevölkerung. Das Projekt erfüllt die Anforderungen an einen zukunftsgerichteten Ort für Forschung und Lehre und hat das Zeug dazu, eine weitere Ikone und ein Begegnungsort im Hochschulgebiet Zürich Zentrum zu werden. Wir stimmen dem Objektkredit von 598 Millionen Franken zu und danken für die gigantische Vorarbeit.

Stephan Weber (FDP, Wetzikon): Mit diesem Baukredit-Antrag soll ein neues Zentrum für den Austausch und die Zusammenarbeit der Universität Zürich, eben ein Forum, erstellt werden. Der Kommissionspräsident hat die Vorlage ausführlich erläutert. Es handelt sich mit einer Investition von 600 Millionen Franken zweifellos um ein sehr grosses Projekt, und die aktuelle Bauteuerung wird dafür sorgen, dass dieser Betrag sicher noch anwachsen wird.

Die FDP steht klar hinter einem starken Standort für die Universität in Zürich und will diesen auch fit für die Zukunft weiterentwickeln. Deshalb stand für die FDP im Zentrum der Beratung die Frage, ob der Neubau bedarfsgerecht und zweckdienlich ausgelegt ist. Oder einfacher gesagt: Braucht es diesen Neubau? Und wenn ja: Können mit diesem Bauprojekt die angestrebten Ziele umgesetzt werden? Die FDP will kein Architektur-Monument, sondern ein Bauwerk, das das Ziel verfolgt, die Forschung und die Lehre an der Uni Zürich vorwärtszutreiben. Einerseits braucht es für einen hohen Nutzwert eines Gebäudes einen cleveren Projektentwurf des Planungsteams. Andererseits braucht es im Anschluss auch die Knochenarbeit, bezüglich der Baukosten ein zweckdienliches und kostenbewusstes Projekt umzusetzen. Voraussetzung ist immer ein cleverer Entwurf. Ohne diesen wird es nie möglich sein, ein

nutzen- und kosteneffizientes Gebäude zu erstellen. Deshalb sind die Zielformulierung und die Zuschlagskriterien bei einem Planungswettbewerb derart zentral.

Wir müssen uns bewusst sein, dass die effektiven Baukosten durch den Kantonsrat nur auf hoher Flughöhe überprüft werden können. Die Verantwortung für das Kostenmanagement liegt klar bei der Projektleitung der Bauherrschaft. Die Projektleitung der Bauherrschaft UZH, unter der Leitung von Herrn Franco Chappuis, konnte uns glaubhaft nachweisen, dass bei diesem Projekt ein gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis in allen bisherigen Projektphasen eine wichtige Leitlinie war. Es gab erhebliche Sparrunden und von den Projektierenden werden fortlaufend zweckdienliche Lösungen in der Projektbearbeitung eingefordert. Wir erwarten und möchten das Team um Herrn Chappuis auch motivieren, hart an der Sache zu bleiben, damit am Schluss ein stringentes Projektergebnis erzielt wird.

Die Kunst am Bau gab in der Kommissionsberatung einiges zu reden. Die Ausgestaltung der Kunst am Bau ist im Moment noch nicht bestimmt. Es waren jedoch wie üblich 0,5 Prozent der Bausumme im Kostenvoranschlag dafür reserviert. Entgegen den Ausführungen des Kommissionspräsidenten bin ich gegen eine verbindliche Regulierung. Ein fixer Prozentanteil ist gerade bei einem gebäudetechnikintensiven Bau wie dem FORUM UZH nicht zweckmässig. Die FDP hat deshalb einen Kürzungsantrag um 1,3 Millionen Franken eingebracht, welcher von der Kommissionsmehrheit befürwortet wird. Es stehen nun noch immer 1,359 Millionen Franken für Kunst am Bau zur Verfügung. Wir sind sicher, mit dieser Summe kann für das Gebäude ein ausreichender künstlerischer Mehrwert geschaffen werden, der zusammen mit der Architektur die Aufenthaltsqualität aufwertet.

Die FDP unterstützt den Kreditantrag der Kommission über 596,7 Millionen Franken mit der Kürzung für Kunst am Bau um 1,3 Millionen Franken und lehnt beide Minderheitsanträge ab.

Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich): Heute werden wir viel Geld sprechen, viel Geld für einen Prunkbau: ein innovativer und neuartiger Bau, der mit keinem anderen Projekt verglichen werden kann, ein Bau, der Vorzeige- und im besten Fall auch Vorbildcharakter für städtebauliche Entwicklung haben wird. Trotz aller Vorteile: Es bleibt ein Prunkbau. Die GLP wird dem Objektkredit zustimmen. Jedoch möchte ich hier klar mitgeben, dass in Zukunft weniger Augenmerk auf Einmaligkeit gelegt werden soll und mehr einfaches, zweckdienliches und günstigeres Bauen ermöglicht werden soll. Beim FORUM positiv hervorheben

möchte ich, dass die wachsende Zahl Studierender aufgefangen werden kann, mehr Mitarbeitende Platz kriegen, für die Bevölkerung ein Ort der Begegnung hergestellt wird. Seit langem möchte die Wissenschaft näher an die Bevölkerung kommen. Dies kann mit dem FORUM geschehen, nämlich so, dass die Bevölkerung näher an die Wissenschaft kommt. Die Räume werden effizient und flexibel genutzt. Das Gebäude wird nachhaltig gebaut mit Holzelementen aus einheimischen Bäumen. Es soll den höchsten Energiestandards entsprechen und es wird auf die ökologische Umgebungsgestaltung Wert gelegt. Das sind beispielsweise entsiegelte Flächen, damit Regenwasser versickern kann oder bei Starkregen der Abfluss verlangsamt wird. Es sollen Bäume gepflanzt werden, die aus Erfahrung zwar noch klein eingesetzt werden, aber gross oder zumindest mittelgrosse Kronen entwickeln sollen. Diese Massnahmen tragen zur sehr nötigen Hitzeminderung der Stadt bei. Zum jetzigen Zeitpunkt sind die Baumarten noch nicht bestimmt. Wir wünschen uns einheimische Arten, damit die Biodiversität im Quartier bestmöglich profitieren kann. In der unmittelbaren Umgebung des Forums sind Grünflächen, Parkanlagen und Gartenverbindungen vorgesehen, mit einer hohen Aufenthaltsqualität für die Menschen; mehr dazu im nachfolgenden Geschäft heute. Vorzugsweise soll alles standortgerecht und einheimisch bepflanzt werden.

Gewünscht hätten wir uns mehr Solarpanels, zum Beispiel an den Fassaden. Stattdessen werden an den Fassaden «Brises Soleil» angefertigt. Diese verhindern, dass die Sonne direkt in die Räume einstrahlt und die Räume so nicht überhitzen. Die Brises Soleil sind darauf ausgerichtet, dass das Tageslicht bestmöglich genutzt werden kann. Sonnenstoren braucht es demnach keine. Es muss weniger gekühlt werden, was auch für das Facility Management sicherlich von Vorteil ist. Neben diesen positiven Aspekten bleibt die Frage, wie die Lichtverhältnisse in der dunklen Winterzeit sein werden. Werden die Brises Soleil im Winter nicht doch zu viel Licht verhindern, sodass die Innenbeleuchtung mehr als nötig zum Tragen kommen wird? Wir sind gespannt auf die Erfahrungen.

Die Grünliberalen werden dem Objektkredit FORUM zustimmen. Und das Anliegen bei diesem sehr teuren Projekt sparen zu wollen, ist durchaus berechtigt. Jedoch ist Kunst separat von Architektur zu betrachten, darum werden wir den Antrag der SVP auf Streichung des Beitrags für Kunst am Bau ablehnen. Und auch den Antrag der FDP für die Streichung des halben Betrags lehnen wir ab.

David John Galeuchet (Grüne, Bülach): Mit dem FORUM UZH kann die Universität Zürich einen grossen Schritt machen und einen Teil des dringend benötigten Raums realisieren. Dem FORUM fällt eine Schlüsselposition in der Entwicklung der Uni Zürich im Zentrum zu. Die Uni kann damit ihre Attraktivität weiter steigern. Es entsteht ein Treffpunkt für über 1000 Forschende und mehr als 6000 Lernende. Die Stadt Zürich erhält mit dem FORUM eine neue Adresse. Endlich schaffen wir es wieder einmal, in Zürich eine städtebauliche Lösung mit identitätsstiftender Wirkung zu realisieren, die eine hohe Strahlkraft haben wird. Ja, das kostet etwas, aber es ist auch etwas wert. Von uns im Kanton Zürich sind Sie sich Kritik und Nörgelei an den Bauten und Projekten gewohnt. Heute sind sich aber alle Parteien einig, dass es am vorliegenden Projekt kaum Kritik zu üben gibt, für die Grünen wohl am ehesten an der Anzahl der Veloabstellplätze, dazu aber mehr in der folgenden Vorlage 5814.

Für den Wettbewerb der zum vorliegenden Projekt geführt hat, haben sich 80 Teams beworben. Zwölf wurden zugelassen und die Jury hat schlussendlich das klar beste Projekt ausgewählt. Die offene Raumgestaltung und die durchlässige Wegführung in den Erdgeschossen tragen wesentlich zur Öffnung des Gebäudes nach aussen hin bei. Der grosse Platz vor dem FORUM ist ein Gewinn für die Stadt, die Bevölkerung und die Studierenden. Nach der Wahl wurde ein «Design to cost»-Prozess eingeleitet, der über mehrere Phasen ging. Damit wurden die Kosten – von ursprünglich über 700 Millionen Schweizer Franken – redimensioniert und auf einige Wünsche, wie zum Beispiel weitere unterirdische Stockwerke mit Rechenzentrum und Turnhallen, sowie auf weitere Hörsäle verzichtet. Die Arbeit, die in das Projekt bisher gesteckt wurde, ist ausgezeichnet und sehr professionell. Dafür möchte ich mich beim Team der Universität um Herrn Chappuis, den Mitarbeitenden der Bildungsdirektion und der Baudirektion, die involviert waren, sehr bedanken. Auch alle sehr zahlreichen von der Kommission gestellten Fragen wurden ausführlich beantwortet, dafür herzlichen Dank.

Das FORUM UZH wird nach Minergie P und SGNI/DGNB (*Schweizerische Gesellschaft für nachhaltige Immobilienwirtschaft/Deutsche Gesellschaft für nachhaltiges Bauen*) geplant und zertifiziert und erfüllt mehrheitlich die Eco-Anforderungen. Der Bau erhält die Gesamtnote 5,3 nach dem Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz und erreicht damit die Stufe Gold. Obwohl viel Beton in den Keller genutzt oder verbaut wird, wird dafür das oberirdische Tragwerk als Holz-Hybrid-Bau ausgebildet. Die Wärme- und Kälteerzeugung erfolgt über Fernwärme und Kältemaschinen mit Rückkühlung. Die Abwärme der Kältemaschinen

wird in die Heizung eingebunden. Auf dem Dach wird eine aufgeständerte Fotovoltaik-Anlage realisiert. Darunter ist das Dach begrünt und kann genutzt werden.

Betreffend die beiden Anträge zur Kunst am Bau: Wenn man hört, was hier im Rat über Kunst gesagt wird, kommt man zwangsläufig zum Schluss, dass es im Kanton zu wenig Kunst am Bau gibt. Kunst bringt einen kulturellen Aspekt ins Gebäude und spielt eine wichtige Rolle bei der Identifikation der Nutzenden mit den Gebäuden. In diesem Fall ist das Gebäude sehr zentral gelegen, sodass die Kunst von sehr vielen Personen erlebt werden kann. Daher wäre es kurzsichtig, darauf zu verzichten.

Die Grüne Fraktion wird den Kreditantrag annehmen und die beiden Anträge zur Kürzung oder Streichung des Kredits für die Kunst am Bau ablehnen.

Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen): Wir beraten heute über einen Objektkredit, mit dem das Gesicht Zürichs verändert wird. Das FORUM UZH wird das Erscheinungsbild des Hochschulquartiers neu bestimmen und hoffentlich städtebaulich weitere positive Kreise nach sich ziehen. Das FORUM präsentiert sich als ein kompakter Bau, der viele Zwischenräume fürs Studieren, Forschen, Begegnen und Erholen bietet. Dank der grosszügig ausgelegten Terrassen wirkt das FORUM trotz der imposanten Grösse leicht und locker, zugänglich und einladend. Der geschwungene Sonnenschutz wie auch die wellenförmige Konstruktion im Strassenbereich tragen zur leichten Erscheinungsweise bei, verleihen dem Ganzen gleichzeitig etwas Dynamik. Die Wellenkonstruktion ist zudem funktional und schafft Platz für Bäume, womit der Begrünung der Umgebung Rechnung getragen wird. Auch an die sich ändernden Lern- und Lehrformen wird gedacht, indem Flexibilität im Inneren des Gebäudes gewahrt wird. Der Grossteil des Raumes ist offen und kann mit Ummöblierungen und Raumtrennungen an die Gegebenheiten angepasst werden, das macht Sinn. Dem physischen Ausgleich zum kopflastigen Studium, ganz nach dem Motto «mens sana in corpore sano» (*lateinisch, ein gesunder Geist in einem gesunden Körper*), wird Rechnung getragen: Neben verschiedenen Gymnastikräumen gibt es vier Turnhallen, die grösstenteils unterirdisch angeordnet sind, was sich zwar im Preis widerspiegelt, aber auch platzsparend ist. Mit der Mehrfachnutzung der Turnhallen durch die Mittelschule und den ASVZ lassen sich Synergien ausnutzen, was wir explizit begrüssen.

Nun zur Kunst am Bau: Kunst am Bau ist als Ergänzung zur Architektur zu verstehen. Zugleich ist die Kunst am Bau ein Spiegel des zurzeit

vorherrschenden kulturellen Verständnisses und wird daher auch zu einer Art Zeitzeugen. Beim FORUM-Projekt soll die Kunst in Bezug zu Wissenschaft und Vermittlung stehen. Ob dies als auffälliger Eyecatcher daherkommt oder eher diskret aus dem Hintergrund wirken wird? Wir lassen uns überraschen. Unserer Meinung nach gehört Kunst am Bau einfach zum Bauwerk dazu. Daher wollen wir nicht darauf verzichten und lehnen den Antrag der SVP, dass auf Kunst am Bau zu verzichten ist, ab. Gleichzeitig unterstützen wir die Reduktion des Betrags für Kunst am Bau um 1,3 Millionen beziehungsweise die Deckelung auf maximal 1,35 Millionen Franken. Durch die hohe Bausumme lässt sich dies rechtfertigen.

Alles in allem vereint das Projekt Funktionalität, Ästhetik und Nachhaltigkeit, das FORUM UZH überzeugt uns. Die Mitte bewilligt den Objektkredit mit der erwähnten Kürzung des Kunst-am-Bau-Betrags. Besten Dank.

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Mit dem Neubau FORUM UZH entsteht an zentraler und bester Lage ein leistungsfähiges und zukunftsorientiertes Bildungs- und Forschungszentrum. Der Neubau trägt nicht nur der kontinuierlich steigenden Anzahl Studierender Rechnung, sondern stärkt auch die universitäre Position im nationalen und internationalen Wettbewerb. Wir begrüßen die umsichtige Planung in Bezug auf die Nachhaltigkeit. Das FORUM UZH soll als Holz-Beton-Hybrid umgesetzt werden. Wir haben es gehört: Zertifizierungsstufe Gold und Minergie P sind die Standards. Auch Fotovoltaik ist mit eingeplant, dies müsste bereits zur Selbstverständlichkeit geworden sein. Wir von der EVP unterstützen die Vorlage des Regierungsrats.

Es verwundert uns nicht, dass der Budgetposten Kunst am Bau zur Diskussion steht. Grundsätzlich erachten wir es von der EVP als sehr wichtig, dass die öffentliche Hand sich für Kunst am Bau einsetzt und diese in einem Neubau mit einplant. So entstehen neben den architektonischen Elementen auch neue künstlerische Zeitzeugen für zukünftige Generationen. Kunst kann durchaus in funktionaler Form geplant werden, zum Beispiel in Form einer künstlerisch wertvollen Beleuchtung. Wichtig ist uns auch, dass für unsere öffentlichen Bauten des Kantons, lokale Künstlerinnen und Künstler mit Wurzeln im Kanton Zürich im primären Fokus der Auswahl stehen. Im Grundsatz erachten wir die 0,5 Prozent als eine gute Grösse für die Budgetierung von Kunst am Bau. Im vorliegenden Objektkredit unterstützen wir angesichts der doch sehr hohen Gesamtbausumme den Mittelweg und stimmen einer Kürzung

von 1,3 Millionen Franken zu. Diese Kürzung verstehen wir aber keinesfalls als Präjudiz unsererseits für künftige Bauten. Herzlichen Dank.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Wir streiten hier drin anlässlich der Budgetdebatte immer um eine oder zwei Stellen. Hier 300'000 Franken, dort 400'000 Franken, das ist eigentlich unsere Flughöhe. Die einzige Ausnahme, wo wir über einen grossen Betrag gestritten haben, das waren die 540 Millionen Franken, die wir für das PJZ ausgegeben haben. Da hatten wir mehrere Jahre hier drin Diskussionen und zwei Volksabstimmungen, aber das war ja vor allem eine ideologische Frage. Und hier geben wir jetzt in zwei Stunden 596,7 Millionen Franken aus. Das ist ja das Schöne im Parlament, man kann als Parlamentarier in kurzer Zeit unheimlich viel Geld ausgeben und am Schluss wird man nicht einmal persönlich zur Rechenschaft gezogen. Man verliert vielleicht bei den nächsten Wahlen, aber man haftet nicht mit dem eigenen Portemonnaie dafür. Das ist doch ein sehr angenehmes Gefühl, das muss ich sagen.

Nun, jetzt ist die Frage: Wieso gehen die so schlank durch, diese 596 Millionen Franken? Ich meine, es ist wahnsinnig positiv, es sind 596 Millionen für die universitäre Bildung, und die werfen wir einfach so auf. Da kann ich nur sagen: Ich bin stolz auf einen Kanton, der so viel Geld für die universitäre Bildung ausgibt. Und wenn man noch weiss, dass diese Bildung, diese Studiengebühren ja mehr oder weniger massvoll und nicht kostendeckend sind, dann ist das auch wunderbar. Denken Sie an die älteste und grösste Demokratie der Welt, die USA, dort kostet einen ein Studium 30'000 oder 40'000 Franken, und das ist bei uns nicht der Fall. Also die Bildung hat nach wie vor einen sehr hohen Stellenwert hier drin und das ist ein sehr gutes Zeichen für den Staat.

Jetzt kann man natürlich auch sagen: Ja, diese Vorlage ist gut vorbereitet. Wir waren nicht in der Kommission. Meine KBIK-Kollegin (*Judith Anna Stofer*) ist leider erkrankt, aber ich gehe davon aus – es wurde viel Lob gesprochen –, dass diese Vorlage auch wirklich gut vorbereitet war. Aber vielleicht ist hier drin dann doch auch ein bisschen Kapitulation des Parlaments dabei: Je höher der Betrag, desto mehr ist man mit diesem Betrag einverstanden. Und man will dann nicht mehr noch um ein paar Millionen feilschen. Das Einzige – und das ist dann schon merkwürdig – ist dieses Feilschen um die Kunst oder dass es jetzt die subkutane Opposition gegen diesen Bau gibt. Man getraut sich nicht, totale Opposition zu machen, und am Schluss kapriziert man sich deshalb auf das Detail der Kunst. Bei Kunst können ja alle mitreden oder meinen, sie könnten alle mitreden. Und da kann man ja dann am besten

sparen. Ich muss sagen, das ist schon sehr, sehr kleinkariert oder auf Mundart gesagt «schmörzelig». Aber dass dieser Antrag, wie ich gehört habe, von der FDP kam, das ist dann schon merkwürdig. Die FDP war ja immer die Partei, die diese Bildung im Staat vorangetragen hat. Die Volksschule, diese Unentgeltlichkeit des Primarschulunterrichts, die in der Verfassung von 1874 verankert war, ist das Werk des Freisinns. Damals haben Sie noch positive Werte geschaffen und Kunst hatte ja auch immer einen sehr hohen Stellenwert, zumindest die bildungsbürgerliche Kunst. Aber hier bei Kunst und Bau versagen Sie und jetzt rechnen Sie hier auch noch mit der Portokasse. Ich meine, diese 1,2 Millionen Franken, die Sie hier eingespart haben, das ist ja die Portokasse bei diesem Betrag. Und das ist, wie gesagt, kleinkariert. Ein bisschen mehr Esprit, meine Damen und Herren vom Freisinn, würde Ihnen – besonders nach dem letzten Wochenende (*Anspielung auf die Übernahme der Grossbank Credit Suisse durch die UBS*) – guttun. Die AL wird auf diese Vorlage eintreten. Wir werden dem Minderheitsantrag Agosti zustimmen und den Minderheitsantrag der SVP ablehnen.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Die Fraktionen haben ihre Erklärungen abgegeben, ab jetzt gilt die Redezeit fünf Minuten.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): Sehr gerne gebe ich einige bildungspolitische Überlegungen zur Lehr- und Lernlandschaft ab, für uns als SP möchte ich einige Aspekte aus pädagogischer Sicht hervorheben. Positiv ist einerseits das Selbstlernzentrum, das geplant ist, mit der Bibliothek plus Lesesaal sowie natürlich auch die Räume für die Lehre und für die Forschung, daneben auch die Sportmöglichkeiten beziehungsweise die Sporthallen, die wichtig sind als Ausgleich zum Studium, aber auch für die Gesundheitsförderung mit genügend Bewegungsmöglichkeiten. Dann die Mensa: Aber Achtung, da hoffen wir auf genügend Plätze mit dieser Mehrfachnutzung, die geplant ist, beziehungsweise mit der Planung von circa dreimaliger Nutzung jeweils pro Sitzplatz. Und weiter positiv möchten wir hervorheben, dass die öffentliche Nutzung auch fürs Quartier einen Mehrwert garantieren kann, sowie die Aufenthaltsqualität mit den geplanten Bäumen, die Hitzeminderungsmaßnahmen. Und da sollen bitte genügend eingeplant werden, damit die Möglichkeit auch besteht, dass man draussen lernt, sich begegnet und arbeitet. Die SP findet es nämlich zentral, dass genügend Arbeitsplätze und Lernorte für die Studierenden geschaffen werden, mit dem Stichwort «Chancengerechtigkeit» sowie «Studierendenwachstum».

Die zeitgemässe Infrastruktur, die hier mit dieser räumlichen und technologischen Erneuerung geplant ist, ist erforderlich für neue didaktische Konzepte mit verschiedenen Unterrichtsformen und mit flexibler Nutzung der Räume. Also stärken wir hier diesen zentralen, diesen geplanten wichtigen Hochschulstandort mit dem Bildungs- und Forschungszentrum FORUM UZH. Danke.

Hans-Peter Amrein (PL, Küssnacht): Nehmen Sie das Votum des Kollegen Bischoff, drehen Sie jeden Satz um. Ich stehe dahinter, ich bin nicht kleinkariert und ich bitte Sie, nicht einzutreten auf diese Vorlage.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg): Herzlichen Dank, Markus Bischoff, jetzt musst du zuhören. Du wirst diesem Rat fehlen. Du hast es wieder mal auf den Punkt gebracht. Wir sprechen hier über einen 600-Millionen-Kredit, einen Wahnsinns-Bau, und das grösste Thema ist Kunst am Bau. Das spricht nicht gerade für die KPB. Ich darf das sagen, ich bin selber auch in der KPB. Ich glaube, so ein Kredit übersteigt das Machbare für eine Kommission, auch aus der KBIK kam praktisch keine relevante Kritik oder kritische Stimme. Und wie, lieber David Galeuchet, willst du beurteilen, dass dies das beste Projekt ist? Wir konnten die anderen Projekte gar nicht analysieren. Wir können nur das vorliegende Projekt beurteilen, und bei einem 600-Millionen-Projekt wird das wirklich sehr schwierig. Wir investieren hier 600 Millionen Franken in die Zürcher Bildung, aber das kommt nicht den Zürcher Studierenden zugute, eben nicht nur. Über 50 Prozent der Studierenden in Zürich kommen aus anderen Kantonen, aus Sankt Gallen, Bern, Zug und so weiter. Dabei sind die ausländischen Studierenden noch nicht einberechnet. Und die Ausserkantonalen, die Kantone bezahlen für die Studierenden aus ihren Kantonen einen Beitrag an die Uni. Aber was musste ich in der Interkantonalen Universitätsvereinbarung von 2019, unterzeichnet von unserer Bildungsdirektorin (*Regierungsrätin Silvia Steiner*) lesen? Die Infrastrukturkosten werden nicht angerechnet. Da verwundert es mich nicht, dass die Universität diese Investition nicht selber tragen kann. Und es verwundert mich nicht, dass der Kanton Zug uns seine Studierenden nach Zürich schickt. Sie haben ja dann ein wunderbares Universitätsgebäude mehr und gleichzeitig senkt der Kanton Zug seine Steuern. Ich bitte die Bildungsdirektorin, diese Beitragsbemessung und Zahlungspflicht der anderen Kantone neu auszuhandeln, auszuhandeln im Sinne des Bildungsstandorts Zürich. Die Zustimmung zu diesem Kredit nehme ich zur Kenntnis und stehe auch dahinter, als

Signal für den Bildungsstandort Zürich. Aber ich habe ein schlechtes Bauchgefühl dabei.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Ich habe eine Frage an Herrn Amrein. Bleiben Sie im Saal, Herr Amrein. Haben Sie jetzt einen Antrag auf Nichteintreten gestellt oder nur so ein Sätzli nebenbei gesagt?

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht): Frau Präsidentin, ich sage nie ein Sätzli nebenbei. Ich habe schon am letzten Montag einen Ablehnungsantrag gestellt. Und Ihr Bodyguard ist dann zu mir gekommen und hat mich nicht zu Ihnen vorgelassen. Ich lehne auch hier diesen Antrag ab und bitte Sie, abzustimmen.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Somit ist ein

Antrag auf Nichteintreten

gestellt.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Das FORUM UZH war aus Sicht der Uni und der Bildungsdirektion ein schwieriges Vorhaben. Es war wie ein Blick in die Glaskugel: Wie entwickelt sich das Lernen an den Hochschulen in den nächsten 50 Jahren? Wir wissen es nicht. Während Corona (*Covid-19-Pandemie*) hat man wohl überschossen, alles war neu, alles nur noch online. Mit etwas Distanz sehen wir: Die Lösung ist wahrscheinlich hybrid. Der Spagat erscheint uns im Falle des FORUM UZH nach einigen Korrekturen am Raumprogramm gelungen. Die Zukunft wird zeigen, ob wir richtiggelegen haben. Zumindest haben wir, so habe ich den Eindruck, nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt.

Ich möchte aber vor allem als Vertreter des Standortquartiers reden: Seien wir ehrlich, in der unterrichtsfreien Zeit – und das sind an der Uni, neben den Abenden, rund 60 Prozent der Tage in einem Jahr – «tötelet» dieses citynahe Hochschulgebiet, und an den Wochenenden ist es tot. Nachdem das Quartier während einigen Jahren stark durch die Bauarbeiten – übrigens heute schon wieder – belastet wird und nachdem das Projekt im Quartier nicht unbestritten war, hat das Standortquartier zu Recht auch gewisse Hoffnungen und Erwartungen. Was wir uns wünschen? Erstens: private gewerbliche Nutzungen mit realistischen Erfolgchancen, vorzugsweise als Erdgeschossnutzungen. Hier

wäre es vielleicht nicht falsch, einen Partner ins Boot zu holen, der Erfahrung hat mit der Belebung solcher Gebiete. Und zweitens: eine Öffnung des Gebäudes für die Öffentlichkeit, für das Quartier, ein Gebäude, in das man sich auch traut, wenn man nicht an der Uni studiert oder arbeitet. Das können private und öffentliche Veranstaltungen, kulturelle Angebote sein, in den Turnhallen auch Angebote von Vereinen, und das alles auch an den Wochenenden und auch in den Semesterferien.

Eine sich verdichtende Stadt wird nicht um die Nutzung dieser grossen Flächen rund ums HGZZ (*Hochschulgebiet Zürich Zentrum*) herumkommen, die die sich auf 40 Prozent der Tage im Jahr beschränkt. Wir brauchen diesen Platz, und die Investitionen, diese Millionen sind umso gerechtfertigter, je mehr wir diese Infrastrukturen nutzen. Wir danken den zuständigen Direktionen, wenn sie diesen Anliegen weiterhin Rechnung tragen und den schönen Worten auch Taten folgen lassen. Und zuletzt noch eine Korrektur zu Markus Bischoff: Die FDP hat einen Kompromiss eingebracht in der Kommission. Wir befürworten 50 Prozent des üblichen Prozentsatzes für Kunst am Bau. Wir ermöglichen damit sehr wohl Kunst am Bau. Am Schluss zählt aber die Gesamtwirkung, Architektur und Kunst zusammen sollen die Aufenthaltsqualität steigern. Und mit 1,3 Millionen Franken kann man doch ganz schön etwas machen. Besten Dank.

Alex Gantner (FDP, Maur): In Anlehnung an die Zeit der letzten Tage des alten Jahres und der erste Tagen des neuen Jahres befinden wir uns nach den Wahlen und vor der Konstituierung des neuen Kantonsrates quasi zwischen den Legislaturen, eine spannende und interessante Zeit mit vielen taktischen Überlegungen, vor allem auch im Hinblick auf Kommissionen und deren Besetzung; eine Zeit, in der, wie jedes Mal, gegen Ende einer Legislatur noch gewisse Geschäfte durchgebracht werden sollten, wie dieses hier: eine interessante Vorlage, eine spannende Vorlage. Kann man überhaupt dagegen sein? Das ist vielleicht eine rhetorische Frage. Es ist von der Sprecherin der SP gesagt worden, es sei gigantische Vorarbeit geleistet worden. Es ist ein gigantisches Projekt und es grenzt aus meiner Sicht auch an Masslosigkeit. Kritische Bemerkungen haben wir gehört von Sprechern der SVP, der GLP, auch von meinem Kollegen Stephan Weber. Aber niemand hat offensichtlich den Mut, wirklich die ganze Sache zu hinterfragen. Und wenn man hier heute nicht zustimmt, ist das sicher kein Votum gegen die Bildung. Ich

bin sehr froh um das differenzierte Votum von Kollege Markus Bischoff, der natürlich dann zu einem anderen Schluss kommt, aber lassen Sie mich auch kurz erklären, was meine Überlegungen sind:

Vielleicht zuerst und nicht ganz ernst gemeint meine Interessenbindung: Ich war Schüler des Rämibühls und nutzte während sechseinhalb Jahren die Rämibühl-Turnhallen, im Winterhalbjahr den berühmt berüchtigten Ballon und im Sommerhalbjahr die Leichtathletik-Anlage draussen. Das ist ja wohl die einzige Nicht-400-Meter-Anlage, die es überhaupt gibt.

Es geht mir aber nicht um Nostalgie. Es ist wirklich ein gigantisches Projekt in einem sehr anspruchsvollen Quartier, das haben wir auch von Kollege Marc Bourgeois gehört, wo es auch entsprechende Prozesse gab. Es geht aber am Schluss um 600 Millionen Franken. Die sollen ausgegeben werden und ich bin wirklich etwas ernüchtert über die Auseinandersetzung mit diesem ganz grossen Betrag einerseits in der KBIK, andererseits natürlich auch in der federführenden KPB. Und über was streitet man hier heute? Über Kunst am Bau, über 1,3 oder 2,6 Millionen Franken; das sind 0,2 oder 0,4 Prozent der ganzen Bausumme; vor lauter Bäumen beziehungsweise Nebenschauplätzen wird der Wald nicht mehr gesehen, Grundsatzfragen hat man sich nicht wirklich gestellt. Es ist klar, das ganze Projekt mit dem HGZZ-Konzept ist im Richtplan verankert, aber man kann und soll, wenn dann wirklich die Kreditvorlage kommt, sich nochmals die Grundsatzfrage stellen, ob das der richtige Standort ist, vor allem auch im Zusammenhang mit dem ganzen baulichen Untergrund, der hochkritisch ist. Das ist auch in den Materialien der KPB, in den Protokollen nachzulesen. Es eine hoch kritische Situation mit dem Untergrund, mit dem Grundwasser, hier ist überhaupt nichts erwähnt worden. Und 53 Prozent der Flächen und wohl auch des Geldes werden in den Untergrund gebaut. Hier vermissem ich einfach die wirklich nochmals kritische Auseinandersetzung mit dem Standort ganz generell, vor allem auch mit dem Untergrund. Es wird gestritten oder man hat diskutiert über die Artenvielfalt auf dem Dach, wie viel Fotovoltaik et cetera, die Veloanlagen und so weiter, aber eben: Ist das wirklich der richtige Standort?

Es handelt sich hier um einen Objektkredit, formal ist das ja ein Verpflichtungskredit, auch gemäss CRG (*Gesetz über Controlling und Rechnungslegung*), und ich möchte hier schon platzieren, ob dann, wenn es zu entsprechenden Kreditüberschreitungen kommt, vom Regierungsrat dann auch ein Nachtragskredit beantragt werden wird, oder ob er dann im Rahmen seiner eigenen Kompetenzen und der ganzen Dringlichkeit und des Baufortschritts ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

David John Galeuchet (Grüne, Bülach) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte mich nur äussern zum Kommentar von Domenik Ledergerber, wie ich zu den Informationen zu diesen verschiedenen Projekten komme. Ich habe keine Geheimdokumente eingesehen. Der Bericht des Preisgerichts zu den zwölf Projekten im selektiven Wettbewerb ist öffentlich zugänglich. Diesen kannst auch du einsehen. Das Projekt von Herzog & de Meuron ist das einzige, dass der Stadt einen Platz schenkt. Alle anderen sind mehr oder weniger wie ein Campus aufgebaut, wie wir ihn vom Irchel kennen, haben die ganze Parzelle mit Gebäuden ausgenützt. Und deshalb komme ich zum gleichen Schluss wie das Preisgericht.

Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal) spricht zum zweiten Mal: Die AL hat es gesagt, «schmürzelig» und kleinkariert sind die Anträge der Bürgerlichen. Zu Domenik Ledergerber: Doch dieser Kredit-Bestandteil kommt den Studierenden zugute. Kunst am Bau gehört dazu. Auf die Diskussion über die Zuwanderung möchte ich mich nicht einlassen. Wir sind stolz auf den interkantonalen und auf den internationalen Forschungs- und Bildungsstandort. Während die KPB beim Gesamtprojekt einig ist, wird einmal mehr über den Betrag für Kunst am Bau kontrovers diskutiert. Die SP wehrt sich dezidiert gegen eine Verminderung des Objektkredits und stimmt der Vorlage des Regierungsrates zu. Gemäss Leitlinie des Regierungsrates wird ein halbes Prozent – ein halbes Prozent! – der Projektsumme eingestellt. Weil dies bei dieser Bau-summe für eine Einzelintervention gross ist, wurde ein Ansatz gewählt, der besonders ist: Es soll eine Kuratorin oder ein Kurator gesucht werden, die oder der ein Konzept entwickelt. Daraus können mehrere Kunstinterventionen folgen. Die Baudirektion betonte zu Recht, dass zwischen Architektur und Kunst getrennt werden soll. Die Architektur soll ein stimmiges Gebäude erstellen und die Kunst eine Bereicherung sein für die Menschen, die das Gebäude nutzen. Die Förderung von Kunst und Kultur ist ein Verfassungsauftrag des Kantons Zürich. Dazu gehört auch das Realisieren von Kunst am Bau. Solche gehören beim Bauen von öffentlichen Gebäuden als Standard dazu. Kunst ist nicht einfach Dekoration, die nach Belieben zu- oder weggelassen werden kann. Kunst und Kultur definieren uns als Gesellschaft und tragen zu unserem Selbstbild bei. Die öffentliche Hand hat hier eine grosse Verantwortung. Es ist antiquiert, Kunst mit Malerei, Bildern, Skulpturen gleichzusetzen. Dass Kunst andere Formen annehmen kann, nicht zwingend materiell sein muss, einen gemeinschaftlichen Charakter haben,

Wissen generieren und den Gemeinschaftssinn fördern kann, muss in die Diskussion miteinbezogen werden. Es ist Zeit, um über innovative Kunst am Bauprojekt reden zu können. Die SP unterstützt die Idee, ein kuratorisches Konzept zu entwickeln. Es kann Verbindungen herstellen zwischen der Kunst und der Stadt und ihren Bewohnerinnen und Bewohnern. Im Rahmen des Kredits ist es möglich, ein künstlerisches Begleitprogramm zu entwickeln, das transdisziplinär ist und verschiedenes Wissen aus der Uni, aus der Kunst, aus dem Quartier zusammenbringt. Kunst ist ein wesentlicher Bestandteil der Bildung und des öffentlichen Lebens. Es kann nicht sein, dass im Gebiet der Geistes- und Naturwissenschaften Kunst ausgespart wird. Sie muss im Gegenteil gerade im Hochschulgebiet einen speziellen Stellenwert haben, denn im Gegensatz zur Zürcher Hochschule der Künste, wo Kunst spriesst, muss Kunst als Bildungspotenzial genutzt werden. Kunst am Bau kann die Ziele, Begegnungsraum zu schaffen und neue Lern- und Lehrlandschaften zu gestalten, auf einer weiteren Ebene unterstützen. Stimmen Sie dem Minderheitsantrag der SP zu. Danke.

René Isler (SVP, Winterthur): Wenn man sich nicht vertieft mit diesem Objektkredit oder auch mit der schriftlichen Vorlage auseinandersetzt, als externer Zuhörer, käme man nie auf die Idee, worüber man hier eigentlich spricht. Ich war immer der Meinung, eine Universität sei vor allem mal ein Ort zum Lernen und zum Studieren. Aber jetzt höre ich eigentlich nur von Energiestrategien, von Schattenwürfen, von Kunst am Bau und was Sie alles da hineinposten wollen. Aber eigentlich müsste doch das Ziel sein, unseren jungen Menschen, die zum Studieren kommen, einen Ort zu geben, wo sie effizient, gut und vor allem fundiert Bildung machen können, alles andere ist doch eigentlich Beigemüse. Und jetzt entschuldigen Sie mich, wenn ich jetzt da auch nochmal eine Kerbe betreffend Kunst am Bau hineinschlage, meine Kollegen auf der Gegenseite werden das vielleicht nicht so gern hören, aber wir in Winterthur sind natürlich unglaublich gebrannt von Kunst am Bau. Bei den letzten beiden grossen Objekten sind wir zweimal schweizweit in den Medien gekommen, weil es jedes Mal Polizeiaufgebote gegeben hat. Da war mal ein ganz rostiger Gartenhag mit Armierungseisen, den man jetzt wieder aus dem Boden nehmen muss, weil das Rostwasser in das Erdreich hineinsickert. Wie bescheuert ist das denn? Und letztes Mal war es das mit diesen Farbschmierereien in einem Clubhaus. Das hat zwar nur 28'000 Franken Steuergelder gekostet. Auch da: Einen Tag nach der Eröffnung kommt der Abwart in diesen Raum und sagt: Farbschmierereien, da ist eingebrochen worden.

Meine ehemaligen Kolleginnen und Kollegen (*der Stadtpolizei*) sind ausgerückt, bis ihnen jemand gesagt hat: Tut mir leid, liebe Leute, die ihr da ausgerückt seid, das ist jetzt eben Kunst am Bau. Und wenn ich mir jetzt die letzte Rednerin der SP anhöre, wie wichtig das ist, in einem so geistigen Raum wie einer Universität, das ist dann die grosse Kunst. Also meine Damen und Herren, das ist nicht grosse Kunst. Das war eigentlich Umweltverschmutzung, hat 360'000 Franken gekostet, so einen rostigen Hag mit Armierungseisen in dem Boden hinein zu rammen, den man jetzt wieder herausnehmen muss. Dann gab es auch Farbschmierereien, die man früher oder später wieder mit weissen Farbe übermalen muss. Also wenn das Kunst am Bau ist, dann gute Nacht. Also dann habe ich lieber, dass die Schülerinnen und Schüler etwas Richtiges lernen und studieren an den Universitäten als irgendwo wieder so eine sinnlose Selbstverherrlichung eines gescheiterten Künstlers.

Ratspräsidentin Esther Guyer: So das wäre geklärt, jetzt kommt Rochus Burtscher (*Heiterkeit*).

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Ich bin gespannt, wie sich die Wählerbasis der Parteien äussern würde, welche die Kunst am Bau mit Feuer und Flamme verteidigen oder sogar noch fordern. Es wäre wirklich schade – das haben wir auch schon von René Isler –, aber es wäre wirklich schade, wenn der Wert des Aussehens wichtiger wäre als die Qualität der Lehre und Forschung. Als KBIK-Mitglied hatte ich die Running-Gag-Frage nach den Architektenhonoraren gestellt. Die KPB müsste nämlich generell immer diese Frage stellen. Ich bitte die Frau Bildungsdirektorin oder Andrew Katumba, Präsident der KPB, uns allen hier drin mitzuteilen, wie hoch diese Honorare der Architekten bei diesen knapp 600 Millionen Franken sind. Ich bin überzeugt, alle werden staunen und speziell auch die Presse, die das mal aufnehmen sollte. Wir sind nicht gegen den Bau, aber die Kunst ist vergänglich und relativ. Deshalb bitte ich Sie um die Kürzung um den Kunst-am-Bau-Beitrag. Besten Dank.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Ja, wir haben es gehört, wir haben eine Riesensumme, die wir da investieren, 600 Millionen Franken, und das mit einer Genauigkeit, wenn ich die Vorlage richtig studiert habe, vom plus/minus 15 Prozent. Da kommt noch die 80-Millionen-Bauteuerung dazu, die wir jetzt bereits haben, am Ende sprechen wir also von 700 oder 800 Millionen Franken. Wir diskutieren jetzt hier ein bisschen über die Kunst. Wir sagen alle «wir brauchen Bildung»,

aber wir investieren da nicht in die Bildung. Wir investieren in eine extrem teure Infrastruktur, die bestenfalls eine Grundlage bietet für die Bildung. Aber dann, das haben wir gehört, beteiligen wir nicht mal alle Kantone an diesen Baukosten, das ist das eine, das mich stört. Und das andere, das mich herausfordert: Wir haben noch eine andere Vorlage, da haben wir auch in Bildung und in Forschung investiert. Wir haben ein AgroVet-Projekt (*Agrar- und Veterinärwissenschaftliches Forschungszentrum*) abgeschlossen. Dort haben wir den Nachtragskredit zurückgenommen, da die Abrechnung nicht vorliegt. Und hier, geschätzte Verantwortliche, geschätzte Projektleitung, kann die Baudirektion nun beweisen, dass sie tatsächlich bauen kann, dass sie mit einem Kredit sorgfältig umgehen kann. Die Fraktion hat Zustimmung beschlossen, aber ich erwarte, dass dieses Projekt innerhalb dieses Kostenrahmens errichtet werden kann, und sonst müssen wir tatsächlich bei der Organisationsstruktur über die Bücher. Dies ein zweites Mal, das geht nicht mehr, und da frage ich mich: Ist die Organisation richtig aufgestellt? Wurde denn diese Frage tatsächlich in der KPB behandelt? Das Desaster von AgroVet sollte kein zweites Mal vorkommen, liebe Projektleitung, nehmen Sie sich das zu Herzen. Ich möchte da keine zweite Vorlage, und sonst müssten wir eigentlich über solche grossen Kredite eine Volksabstimmung, durchführen. Beim Rosengarten (*Projekte Rosengartentunnel und -tram*) hatten wir eine Volksabstimmung. Ich wäre gespannt auf diese Volksabstimmung, wenn wir das diskutieren würden, was da eine Mehrheit der Bevölkerung sagen würde, wenn wir einfach so – Herr Bischoff hat es gesagt – 600 Millionen ausgeben. Und ich habe mir, Herr Galeuchet, die anderen Projekte auch angeschaut. Es ist durchaus so, wie Sie das sagen, dass der Platz jetzt ausgenutzt wird. Ich habe mir kein Urteil gebildet, ich kann es nicht sagen, das gebe ich zu, aber zweckmässig wären alle gewesen. Und welches das geeignetste Projekt ist, das überlasse ich jetzt den Spezialisten. Ich will einfach kein Desaster mehr wie bei AgroVet. Herzlichen Dank.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Was Sie mit dieser Debatte hier wieder machen, ist: Sie reizen wieder den Dünkel der Basler gegen die Zürcher, das ist schon sehr interessant. Bei Herzog & de Meuron, einem der berühmtesten und grössten Büros in der Schweiz, knausert man jetzt herum bei der Kunst am Bau und traut denen offenbar nicht ganz zu, dass sie in ihre Architektur auch noch die Kunst integrieren können. Sie wissen, was ja dann wieder passiert: Naserümpfen. Ich meine, Herzog & de Meuron bauen jetzt das Kispi (*Kinderspital*), das ist super, wir

hoffen, dass sie jetzt auch diesen Bau im Zusammenhang der Universität realisieren dürfen. Aber kommen Sie nicht mit diesen knauserigen Anträgen hier, sonst sind wir wieder Gegenstand an der Basler Fasnacht (*Heiterkeit*). Ich danke Ihnen.

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Herr Isler, also dieser Hafenkran (*Kunstinstallation 2014/2015 an der Limmat*) war ja nicht gerade an einer Hochschule platziert, darum verstehe ich es jetzt nicht ganz. Und ich möchte auch nur sagen, Rochus Burtscher: Man darf Kunst nicht gegen Bildung ausspielen. Kunst ist Bildung. Die Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur ist Ausdruck des menschlichen Daseins. Sie hat eine zukunftsgerichtete Dimension und beinhaltet Visionen bezüglich der künftigen Gesellschaft. Sie gehört unbedingt zu einer Hochschule. Imagination und Kunst stehen an der Wiege der menschlichen Evolution. Daher gehört die Kunst in allen Stufen und in allen Kontexten zum Grundbestand menschlichen Lernens und menschlicher Bildung. Darüber besteht übrigens Konsens international. Deshalb darf Kunst an einer Hochschule nicht fehlen. Vielen Dank.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht) spricht zum zweiten Mal: «Kleinkariert und schmürzelig» hat die Sprecherin der SP die Gegenargumente gegen dieses Projekt genannt. Interessant, die Partei, die ja das Geld verdient und immer verdient hat, historisch, sind ja auch die Sozialisten, und die nie den Bankrott herbeigeführt haben, den Staatsbankrott. Aber das ist ein Nebenargument, das Hauptargument oder die Hauptargumente hat Ihnen Kollega Gantner gebracht. Er hat nämlich dargelegt, wieso man eben dieses Projekt so nicht annehmen darf. Ich möchte von der Frau Regierungsrätin hören, warum sie dieses Megaprojekt nicht dem Volk unterbreitet, dieses Megaprojekt für eine Universität, die sicherlich nicht ein Top-Ranking hat, für eine Universität, an der es viel zu viele schönggeistige Studentinnen und Studenten gibt, anstatt Leute, die das studieren, was unser Land jetzt nämlich wirklich braucht. (*Zwischenruf von Markus Bischoff: «Bankwissenschaften!» [Heiterkeit]*) Nein, nein, die Bankwissenschaften, haben Sie ja selber gesagt, glaube ich, Herr Bischoff, dass die nichts mehr ausmachen, dass das nur noch etwa 5 Prozent unseres BIP (*Bruttoinlandsprodukt*) ausmacht. Also, das wäre wieder der Zwischenruf eines Büttenredners gewesen, wofür Sie ja in diesem Rat bekannt sind und weswegen Sie so fehlen werden in diesem Rat, Herr Bischoff. Nein, es ist die Sache, dass wir eine Universität haben, die nicht mehr der Geschichte dieses Kantons entspricht, was das akademische Forschen betrifft, und dass wir

eine Universität haben, bei der wir uns auch mal überlegen müssen, Frau Agosti, ganz genau, ob die Studenten nicht etwas dazu beitragen sollen, zumindest 20'000 bis 30'000 Franken, wenn sie ein unnötiges Studium abgeschlossen haben, unsere Steuerzahler sehr, sehr viel Geld gekostet haben und dann nicht einmal in dem Beruf tätig werden, für den sie sich so viele Jahre auf Steuerzahlerkosten vorbereitet haben. Aber auch das ein Nebenschauplatz. Ich möchte von der Frau Regierungsrätin wissen, warum sie dieses Megaprojekt, diesen Megakredit nicht der Bevölkerung zur Abstimmung unterbreitet, und dann auch sehen wird, dass das haushoch abgelehnt wird.

Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg) spricht zum zweiten Mal: Ich bestreite überhaupt nicht, dass Herzog & de Meuron brilliant ist. Aber wie viele Schulhäuser haben sie schon gebaut? Wir bauen hier ein Schulhaus und nicht einen Park, auch wenn ich mir bewusst bin, dass das Projekt quaterverträglich eingebettet werden muss. Und ich bin ehrlich, ich stimme dem Projekt nur zu, weil ich Herrn Chappuis und seinem Team vertraue, dass er das Architektenteam im Griff hat, dass das Gebäude am Schluss eben seinen Zweck erfüllt. Das ist ein Bildungsgebäude, ein Schulhaus, und das ist der Hauptzweck, den dieses Projekt schlussendlich erfüllen muss. Und noch zu Theres Agosti: Wir können hier sehr gerne noch eine Zuwanderungsdebatte führen, aber es geht mir in erster Linie nicht um die 5000 ausländischen Studierenden, den Umstand, dass wir ausbauen müssen, weil wir so viele ausländische Studierende haben. Aber es geht mir darum, dass ein Student mit Wohnsitz im Kanton Zug nach Zürich kommt und in Zürich studiert, und der Kanton Zug zu wenig an den Kanton Zürich, an die Universität Zürich bezahlt. Er entgeltet die Infrastrukturkosten nicht. Das finde ich nicht korrekt und darum geht es mir. Danke.

René Isler (SVP, Winterthur) spricht zum zweiten Mal: Eine kleine Replik, die Kollegin der Grünen hat mich namentlich erwähnt, ich mache das eigentlich nie, vor allem, wenn es im negativen Sinn ist. Also ich weiss nicht, wie Sie in meiner Rede etwas gehört haben vom Hafenkran. Ich habe nur der Vorrednerin der Sozialdemokratischen Partei, die Kunst am Bau in einen Einklang gebracht hat mit der Aussage, Kunst sei ja für die Geisteswissenschaften von grossem Vorteil, dieser Kollegin habe ich gesagt: Wenn Kunst am Bau, wie es in Winterthur vollzogen wird, einen geistigen Inhalt haben soll, dann entzieht sich das meiner Kenntnis beziehungsweise dann gute Nacht, liebe schweizerische Eidgenossenschaft. Denn wenn Kunst baupolizeiliche Interventionen

auslöst und beseitigt werden muss, dann frage ich mich dann doch, ob denn da der Verfassungsauftrag wirklich erfüllt wird oder was man als Gesellschaft dafür an Gegenleistungen erhält. Also dieses Geld hätte ich tatsächlich lieber in die Bildung investiert. Sie sagen ja immer, wie wichtig die Bildung sei und dass die Bildung meistens oder tendenziell zu wenig Geld habe, vor allem vorne an der Wandtafel. Da bin ich mit Ihnen sogar einig, das ist definitiv so. Aber bei diesen 600 Millionen Franken, vor allem mal so ein Prachtbau wie zu Babylon – und ich erinnere Sie gerne bei diesem Projekt, auch von dieser Grösse her, dass es auch Ihre Partei war, liebe Grüne, die beim PJZ ob diesem Gigantismus sehr wohl auch die Klinge gekreuzt und gesagt hat, so einem riesigen Bau und einem so riesigen Verbrauch von Volksvermögen und Steuergeldern sei nicht zuzustimmen. Und hier winken wir knapp 600 Millionen Franken durch, ohne dass man eigentlich ganz genau weiss, was am Ende des Tages rein bildungsmässig reinkommt, nach vorne an die Wandtafel und in die Klassenzimmer. Das war mein Votum, nicht mehr und nicht weniger. Kunst am Bau, da kann man dafür sein oder nicht. Ich finde es nicht so gut. Eventuell müssten wir einmal tatsächlich politisch einen Vorstoss machen oder eine Initiative ergreifen, um dieses Thema wieder aus der Kantonsverfassung zu bringen. Und wenn Sie sich zurzeit umhören in meiner Wohnstadt Winterthur: Ich würde behaupten, ein solcher politischer Vorstoss würde Anklang finden, weil man sich ganz viele Male «an den Kopf langt», was dann da alles unter «Kunst am Bau» verkauft wird, und ob man dieses Geld nicht tatsächlich gescheiter in die Sache investiert, weil man mehr und mehr den Fokus verliert auf das, was bei staatlichen Neubauten gilt. Und das war meine ganze Begründung zu vorhin. Man kann zu diesem Thema stehen, wie man will, und Hafenkran hin oder her, mir ist das eigentlich wurscht, was ihr in Zürich macht. Es ist dort ja auch nicht mein Steuergeld.

Alex Gantner (FDP, Maur) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte noch einige Ergänzungen zum vorherigen Votum machen. Das ist meine persönliche Meinung und weicht auch grösstenteils von der Meinung der Fraktion ab. Das ganze Geschäft, einfach zur Erinnerung und das sehen wir ja auch im Dispositiv, ist dem fakultativen Referendum unterstellt. Ich möchte aber noch auf einige Punkte hinweisen:

Erstens, zum Bahnabtransport des Aushubs: Sie können sich erinnern, das war ein Geschäft in der KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*). Da gibt es einen neuen Paragraphen im PBG (*Planungs- und Baugesetz*), wo eine Pflicht für Grossprojekte eingeführt worden

ist. Das ist jetzt so ein Grossprojekt, wo das zum Tragen kommt, und es ist ganz klar, dass natürlich der Aushub – und das ist ein gewaltiger Aushub, der hier auf uns alle zukommt, weil man ja derart in den Untergrund gehen will –, dass dieser Aushub natürlich nicht mit der Bahn abtransportiert werden kann. Daher muss eine Abgabe von kalkuliert 10 Millionen Franken bezahlt werden, das einfach mal als Faktum. Und ich nehme an, der ganze Abtransport wird ja dann auch entsprechend koordiniert und auch gut bewältigt mit den entsprechenden Fahrzeugen durch das ganze Quartier und dann auch durch eine gewisse Ausfallsachse aus der Stadt Zürich. Einfach bezüglich dieser 10 Millionen Franken, das ist vielleicht dann auch etwas für die Finanzkontrolle, noch zu schauen, wie das alles genau verbucht wird – denn das ist so irgendwie linke Tasche, rechte Tasche beim Kanton – und ob es dann noch Gegenstand von Abschreibungen sein muss, und so weiter. Dann möchte ich darauf hinweisen, dass im Antrag der Regierung ein Hinweis nicht nur auf diese 10 Prozent Reserve steht, die es gibt, sondern auch noch auf zusätzliche 5 Prozent, und das ist doch eine Grössenordnung von 25 bis 30 Millionen Franken der ganzen Bausumme. Und hier soll es also eine Spezialkompetenz geben für die beiden Direktionsvorsteher, also für die Frau Bildungsdirektorin und den Herrn Baudirektor (*Regierungsrat Martin Neukom*), das in eigener Kompetenz auszugeben; also einfach, damit das hier drin auch festgehalten ist.

Dann steht im Antrag des Regierungsrates auch, man wisse noch nicht, wie hoch die Bundesbeiträge sein werden. Da habe ich jetzt auch nichts von der KBIK beziehungsweise von der KPB gehört, ob man hier einen Schritt weiter ist. Vielleicht kann uns ja die Frau Bildungsdirektorin sagen, ob man hier schon einen Betrag irgendwie kalkulatorisch verhandelt hat mit dem Bund.

Und dann noch zum Thema «Nachtragskredit»: Ich verweise hier auf das CRG, das Gesetz über Controlling und Rechnungslegung, Paragraph 39. Es handelt sich ja formal um einen Verpflichtungskredit. Es ist jetzt, weil es ein Einzelvorhaben ist, ein Objektkredit. Und in Paragraph 41 sind dann eben Zusatzkredite beziehungsweise Ergänzungskredite entsprechend geregelt. Und dort steht über den Zusatzkredit, ich zitiere jetzt Absatz 2 von Paragraph 41: «Über den Zusatzkredit entscheidet der Kantonsrat. Bei dringlichen Vorhaben entscheidet der Regierungsrat. Er informiert den Kantonsrat unverzüglich.» Und auch hier muss das, so glaube ich, auch in Anlehnung an Voten von Kollegen aus der SVP-Fraktion, zwingend auf dem Radar sein, damit, falls wirklich ein ent-

sprechender Zusatz- oder Ergänzungskredit nötig ist, sehr schnell gehandelt wird und das wirklich auch in den Kantonsrat kommt. Besten Dank.

Andrew Katumba (SP, Zürich), Präsident der KPB: Rochus Burtscher, du hast noch eine Frage gestellt betreffend Honorare. Diese Honorare sind detailliert aufgeführt in der Projektdokumentation, die auch du erhalten haben solltest. Und diese Architekturhonorare sind unter BKP 29 (*Baukostenplan-Position 29*) mit 15,5 Prozent der Gesamtkosten dotiert. Dazu gehören eben diese Kosten für Fachplaner, Fachplaner Sanitär, Lüfter und so weiter, inklusive dann aber auch der Architektinnen und Architekten. Allein bei Herzog & de Meuron arbeiten an diesem Projekt rund 100 Mitarbeitende.

Dann hat Martin Hübscher noch die Frage gestellt, ob in der Kommission nicht die richtigen Fragen gestellt worden seien. Da muss ich entgegnen: Allein von der SVP sind in beiden Kommissionen neun Personen vertreten. Wenn die Mitglieder der SVP in der Kommission nicht die richtigen Fragen stellen, dann kann ich als Kommissionspräsident auch nicht weiterhelfen.

Zu den Bundesbeiträgen kann ich zum heutigen Stand nichts sagen. Und zur Volksabstimmung und den grossen Kosten von Herrn Amrein kann ich nur sagen: Zum Neubau des USZ Ost gibt es keine Volksabstimmung und auch beim vergleichsweise ähnlich teuren Neubau des Kinderspitals in der Lengg über 680 Millionen Franken gab es keine Volksabstimmung. Besten Dank.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Etwas mehr als 100 Jahre ist es her, seitdem die Universität ihr heutiges markantes Hauptgebäude eröffnen konnte. Einer der Hauptgründe für den damaligen Bau war Platzmangel. Die Universität war bis zu diesem Zeitpunkt im Südflügel der ETH untergebracht und brauchte neuen Raum. Auch heute wächst die Universität wieder stark und auch heute geht es um einen Bau, der die Universität und ihre Umgebung prägen wird. Mit dem geplanten FORUM UZH soll nämlich neben dem altherwürdigen Hauptgebäude ein neuer moderner Hauptbau entstehen. 2019 konnten wir Ihnen das Siegerprojekt aus dem Architekturwettbewerb vorstellen. Der Regierungsrat hat den Baukredit in der Höhe von 598 Millionen zuhanden des Kantonsrates verabschiedet und dieser ist jetzt nach der Beratung in den Kommissionen abstimmungsbereit.

Zur Beratung in den Kommissionen ist Folgendes zu sagen: Es war eine sehr seriöse, intensive Beratung. Insgesamt neun Sitzungen in beiden

zuständigen Kommissionen fanden statt, und wir mussten uns annähernd 100 Zusatzfragen stellen. Was also jetzt hier als Antrag vorliegt, ist nicht einfach irgendwie so durchgeflutscht, sondern wurde von Ihren Kolleginnen und Kollegen in den vorberatenden Kommissionen sehr genau angeschaut. Mit dem FORUM UZH investieren wir in den Hochschulkanton Zürich, in unseren Standort. Es handelt sich dabei um eine wichtige und nötige Investition, und dies auch aus guten Gründen:

Erstens: Die Universität Zürich steht vor einer der grössten Wachstumsphasen ihrer Geschichte. Die Zahl der Studierenden stieg in den letzten Jahren jeweils markant an. Zählte die Uni 2019 noch 28'100 Studierende sind es aktuell bereits über 28'400. Gehen wir weiter von einem moderaten Wachstum von jährlich 2 Prozent aus, zählt die Uni bis 2029 bereits 34'500 Studierende. Das sind eindruckliche Zahlen, auch deshalb, weil sie dringend nach zusätzlichem Schulraum verlangen. Der Neubau FORUM UZH schafft hier die nötige Abhilfe. Konkret wird das FORUM nach Fertigstellung Dreh- und Angelpunkt für rund 6000 Personen, dazu kommen weitere rund 700 Arbeitsplätze für Studierende. Es entsteht neuer Raum, um zu arbeiten, zu studieren und zu forschen, aber auch um Sport zu treiben und sich auszutauschen.

Zweitens: Der Erfolg der Universität Zürich gründet stark in ihrer Verankerung in der Gesellschaft. Mit dem FORUM UZH wird diese Verbindung zusätzlich unterstrichen, denn der wissenschaftliche Austausch und der Dialog mit der Öffentlichkeit profitieren von der offenen Architektur des neuen Gebäudes. Ein grosser Teil des FORUM ist öffentlich zugänglich. Neben Räumen wie der Bibliothek und der Mensa sind beispielsweise neben den Haupteingängen zwei Flächen für Drittnutzungen geplant. Wie es ausserdem der Name schon sagt, bildet eine grosse zentrale Halle das Herzstück des FORUM. Sie ist Aufenthalts-, Begegnungs-, Arbeits- und Veranstaltungsraum in einem. Dieser akademische Marktplatz hält das Gebäude im Innersten zusammen und verbindet es gleichzeitig mit der Aussenwelt.

Drittens: Es entsteht ein neuer Raum für die Öffentlichkeit in Form eines grosszügigen, mit Bäumen bepflanzten Platzes vor dem Neubau mitten im Hochschulgebiet. Der Platz soll sowohl für die Universitäts-Angehörigen wie aber auch für das Quartier da sein. Es soll der ganzen Stadtbevölkerung als neuer öffentlicher Begegnungsort dienen.

Wie Sie sehen, schafft das FORUM UZH mit seiner Verankerung im städtischen Raum die Grundvoraussetzung dafür, dass sich Wissenschaft und Gesellschaft in verschiedenen Netzwerken begegnen und in einen Dialog treten können. Mit dem Neubau entsteht also dringend benötigter Raum für die Universität Zürich und ein Ort der Begegnung für

Wissenschaft und Gesellschaft. Genau das macht in meinen Augen eine Volksuniversität wie die UZH aus.

Schliesslich soll nicht unerwähnt bleiben, dass zum Neubau auch die benötigte Sportinfrastruktur gehört. Unterirdisch, dem FORUM etwas vorgelagert, unterhalb der Gloriosastrasse entstehen Turnhallen für die Kantonsschulen Rämibühl, Ausdauer-, Kraft- und Fitnessräume des Akademischen Sportverbandes Zürich, des ASVZ, und sämtliche Anlagen können auch von den Kantonsschülerinnen und -schülern benutzt werden. Damit können die angehenden Studierenden bereits ein erstes Mal Universitätsluft schnuppern und Sport auf höherem Qualitätsniveau treiben als in den alten Turnhallen und vor allem im Luftballon, in dem ich auch jeweils turnen musste, lieber Herr Gantner. Aber dies wird sicher ungefährlicher sein, denn auf jenem Teppich zog man sich bei einem Sturz ziemlich hässliche Brandwunden zu.

Eine solche Entwicklung im Hochschulgebiet ist aber nur mit begleitenden Massnahmen für die Erschliessung und für den Aufenthalt der Bevölkerung möglich. Aus diesem Grund haben die beteiligten Institutionen zusammen mit der Stadt ein Weissbuch zum Stadtraum im Hochschulgebiet entwickelt, mit konkreten Massnahmen. Heute liegt neben der Vorlage 5811a auch die Vorlage 5914a, die erste Entwicklungsachse, zur Abstimmung vor. Mit ihr werden die Erschliessungen des Quartiers mit dem «Polysteig», mit der Anpassung der Trammerschliessung und der Neugestaltung Rämi-/Gloriastrasse mit einer Trammittelage und der Aufwertung der «Gartensequenz/Querspange», verbessert. Hinzu kommt noch die «Parkschale», die die Verbesserung der Aufenthaltsqualität zwischen dem Spitalpark und dem neuen Platz beim FORUM zum Ziel hat und ein neues Magnet für die Bevölkerung in den umliegenden Gebieten werden kann.

Die Stadt wird den grössten Teil dieser Kosten übernehmen und der Kanton beteiligt sich mit einer Subvention daran. Das Hochschulgebiet Zürich Zentrum ist geprägt von der Universität, der ETH und dem Universitätsspital Zürich. Das Gebiet wird in den nächsten Jahrzehnten ein neues Gesicht erhalten. Der Neubau von Herzog & de Meuron ist ein zentraler Teil davon und wird das Hochschulquartier massgeblich mitprägen. Heute stellen wir die Weichen, damit sich das Hochschulgebiet im Zentrum der Stadt Zürich über die nächsten Generationen hinweg weiterentwickeln kann. Das Raumkonzept ist dabei auf die neuesten Bedürfnisse moderner Lehre und Lernformen ausgerichtet. Die Hörsäle können hybrid genutzt werden, die Arbeitsplätze sind flexibel gestaltet. Und vor allem wurden Zonen geschaffen, die den informellen und niederschweligen Austausch zwischen Studierenden, Dozierenden und

Forscherinnen und Forschern und auch der Bevölkerung ermöglichen. Es entsteht also ein offenes Haus für die Lehre und die Forschung.

Indem wir heute in die Lehre und Forschung der Universität Zürich investieren, sorgen wir dafür, dass die Bevölkerung des Kantons Zürich auch in den nächsten 100 Jahren von hochstehender Forschung und Bildung profitieren kann.

Erlauben Sie mir noch ein Wort zum fakultativen Referendum: Ich freue mich, dass ich das Herrn Amrein jetzt in den letzten Zügen seiner kantonsrätlichen Tätigkeit noch erklären darf. Es ist nicht Sache des Regierungsrates, das fakultative Referendum zu ergreifen. Dies bleibt dem Kantonsrat vorbehalten. Und vielleicht noch ein Hinweis zu den Studierenden: Die Studienabgängerinnen und -abgänger der Universität haben eine sehr tiefe Arbeitslosenquote, bleiben dem Raum Zürich als Fachkräfte erhalten und tragen somit auch zur Wertschöpfung bei.

Ich bitte Sie, den beiden Vorlagen 5811a und 5814a zuzustimmen.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht): Frau Ratspräsidentin, Danke für eine gute Replik auf Frau Steiner: Sehen Sie, das ist der Unterschied und für das werde ich dann im Wahlkampf anstehen, wenn es um Ihre Nachfolge geht (*Heiterkeit*): für Offenheit, Ehrlichkeit und Direktheit. Und bei solchen Projekten ist es doch absolut notwendig, dass man das Volk fragt. Für jeden kleinen Mist, Entschuldigung, für jeden kleinen Bockmist wird das Volk befragt, und bei so etwas Monumentalem tut man es nicht. Beim PJZ hat das Volk ja auch Ja gesagt und das PJZ ist sehr, sehr gut herausgekommen und die entsprechenden Leute im Bau haben ganz hervorragend gearbeitet. Aber wenn man hier bei diesem Geschäft seine Bedenken anmeldet, dann wird man so abgeputzt. Und deshalb freue ich mich auf die Wahl nach Ihrem Rücktritt.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Herr Amrein wurde angesprochen, darum habe ich ihm das Wort erteilt (*zu Unmutsäusserungen, weil Ratsmitglieder nach Paragraf 57 des Kantonsratsreglements zum selben Punkt höchstens zweimal sprechen dürfen.*) Und jetzt hat Frau Steiner nochmals das Wort.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Ja, ich freue mich dann, wenn Sie sich mit fast 70 Jahren noch einmal zur Wahl stellen, aber warten wir doch jetzt einfach einmal ab (*Heiterkeit*). Ich glaube, dieses Projekt wurde so vorgelegt, wie es eben erforderlich ist, und vor allem haben wir auch aus dem Projekt «PJZ» gelernt. Das war eine Gesetzesvorlage – ich war damals selber in diesem Rat –, die zweimal hin und her musste, dann

noch durch die Volksabstimmung, weil das Projekt einfach zu tief budgetiert wurde. Hier haben wir einen Objektkredit, der an Klarheit nicht zu überbieten ist. Es wurde Ihnen alles offengelegt und wir werden die Kosten auch so einhalten können. Die Zusammenarbeit mit den Architekten ist hervorragend. Und wie es hier auch gesagt wurde, bürgen die Zuständigen der Uni und auch der Bildungsdirektion sowie der Baudirektion dafür, dass wir dieses Projekt so verwirklichen können, wie es Ihnen jetzt beantragt wurde. Ich bitte aber darum, der Kommission nicht einfach zu unterstellen, sie habe hier nicht sorgfältig gearbeitet. Das trifft tatsächlich nicht zu.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Hans-Peter Amrein hat den Antrag gestellt, auf die Vorlage nicht einzutreten.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 166 : 1 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), auf die Vorlage 5811a einzutreten.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.

Minderheitsantrag Theres Agosti, Jonas Erni, Andreas Hasler, Andrew Katumba, Monica Sanesi, Thomas Schweizer, Wilma Willi:

I. Für den Neubau des FORUM UZH, am Standort Zentrum der Universität Zürich, wird ein Objektkredit von insgesamt Fr. 598 000 000 bewilligt. Davon gehen Fr. 552'000'000 zulasten der Leistungsgruppe Nr. 7050, Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion, und Fr. 46'000'000 zulasten der Leistungsgruppe Nr. 9600, Universität Zürich.

Minderheitsantrag Walter Honegger, Barbara Grüter, Hans Finsler (in Vertretung von Hans Egli), Peter Schick:

I. Für den Neubau des FORUM UZH, am Standort Zentrum der Universität Zürich, wird ein Objektkredit von insgesamt Fr. 595'34' 000 bewilligt (Reduktion um Fr. 2'659'000 durch Verzicht auf Kunst am Bau). Davon gehen Fr. 549'341'000 zulasten der Leistungsgruppe Nr. 7050, Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion, und Fr. 46'000'000 zulasten der Leistungsgruppe Nr. 9600, Universität Zürich.

Peter Schick (SVP, Zürich): Jetzt kommen wir also zum sogenannten «schmörzeligen» Antrag, der schon mehrfach erwähnt wurde: Ich habe es schon vorher im Eintretensvotum gesagt, dass der Betrag für Kunst am Bau von 0,5 Prozent der Baukosten zu streichen sei. Das sind über 2,6 Millionen Franken. Das Gebäude als solches stellt schon etwas dar. Es wird ein stolzer Bau erstellt und nicht nur ein Null-acht-fünfzehn-Bau, den man noch mit Kunst etwas verschönern will. Die 2,6 Millionen Franken sind sehr viel Geld. Da muss ein Kurator oder eine Kuratorin mit Team bestimmt werden, die den ganzen Prozess begleiten werden. Wie das Ganze schlussendlich aussehen wird, wissen wir alle nicht. Man kauft hier, wie man so schön sagt, die Katze im Sack. Und wer sagt, dass es bei diesen 2,6 Millionen Franken bleiben wird: Nur schon wenn die Baukosten am Schluss höher sind, wird auch dieser Betrag ansteigen. Bei einer solchen Grösse und Komplexität des Baus wird es unumgänglich Nachtragskredite geben, alles andere zu glauben, wäre blauäugig. Der ganze Prozess um Kunst am Bau von 0,5 Prozent der Baukosten muss einmal überdacht werden. Ist es richtig, bei jedem Bau die 0,5 Prozent zu sprechen? Meiner Meinung nach ist das zu hoch, man kann darauf verzichten und ganz einfach die Objekte für sich sprechen lassen. Schlussendlich ist es ein Gebäude zum Studieren und nicht um Kunst anzuschauen. Für das kann man ins nahegelegene Kunsthaus gehen. Machen wir hier doch den Anfang und streichen wir den Betrag von 2,6 Millionen Franken und lassen das Gebäude am Schluss sprechen, von Stararchitekten realisiert. Stimmen Sie dem Antrag auf Streichung zu.

Stephan Weber (FDP, Wetzikon): Ich möchte hier etwas richtigstellen, was Peter Schick jetzt gesagt hat. Wir haben das in der Kommission geklärt: Der Betrag für Kunst am Bau steigt nicht wegen der Bauteuerung an, es ist ein fixer Betrag, der eingestellt ist. Also wenn das Gebäude teurer wird, wird nicht automatisch auch der Betrag für die Kunst am Bau höher. Dies einfach zur Richtigstellung.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küsnacht): Ich möchte auch etwas richtigstellen, und zwar basierend auf den Voten von Peter Schick und von Martin Hübscher: Die Bauteuerung ist jetzt schon weit über 60 Millionen Franken, Frau Regierungsrätin. Und deshalb zu sagen «wir sind im Kredit» – natürlich, wenn man davon ausgeht, dass das immer so ist, dann kann man schon so argumentieren. Aber ich denke, das ist doch ein erklecklicher Betrag. Und lassen Sie mich hier jetzt eine Aussage machen, die Sie dann ja nach meinem Rücktritt oder meinem Abgang

aus diesem Rat selber weiterverfolgen können bei den ersten Nachtragskrediten: Ich gehe davon aus, dass dieses Gebäude nicht unter 850 Millionen zu haben ist und dass aufgrund der Planung und der Organisation, wie wir sie jetzt sehen, es sogar noch mehr sein könnte.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Wir kommen jetzt zur Abstimmung, wir probieren es jetzt wieder mit dem Cupsystem. Ich hoffe, es gelingt. (*Bei der letzten Abstimmung im Cupsystem gab es Probleme mit der Abstimmungsanlage.*)

Der Kommissionsmehrheitsantrag, der Minderheitsantrag von Theres Agosti und der Minderheitsantrag von Walter Honegger sind als gleichwertige Anträge zu behandeln. Wir werden nach Paragraph 76 Kantonsratsreglement im sogenannten Cupsystem abstimmen. Zu diesem Zweck wird der Eingang geschlossen, um die Anwesenden ermitteln zu können. Auf den Monitoren wird dies wie folgt dargestellt: Wer für den Kommissionsmehrheitsantrag ist, drückt die Taste «1» und erscheint grün. Wer seine Stimme dem Minderheitsantrag von Theres Agosti gibt, drückt die Taste «2», was rot dargestellt wird. Und wer den Minderheitsantrag von Walter Honegger unterstützt, drückt die Taste «3» und wird gelb dargestellt. Das bleibt dann auch bei allen Abstimmungen so.

Vereinigt keiner der Anträge die Mehrheit, wird entschieden, welcher der beiden Anträge, die am wenigsten Stimmen erhalten haben, ausscheidet. In der Folge wird das Verfahren fortgesetzt, bis wir dann eine Mehrheit haben. Die Türen sind jetzt zu schliessen und die Anwesenden drücken bitte die Taste «1».

Abstimmung im Cupsystem

Anwesende Ratsmitglieder	167
Absolutes Mehr	84 Stimmen
Kommissionsmehrheitsantrag	47 Stimmen
Minderheitsantrag Theres Agosti	74 Stimmen
Minderheitsantrag Walter Honegger	46 Stimmen

Ratspräsidentin Esther Guyer: Keiner der Anträge hat das absolute Mehr erhalten. Ich stelle die beiden Anträge, die am wenigsten Stimmen auf sich vereinigt haben, einander gegenüber.

Kommissionsmehrheitsantrag	83 Stimmen
Minderheitsantrag Walter Honegger	84 Stimmen

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Kommissionsmehrheitsantrag scheidet aus. Ich stelle die beiden verbleibenden Anträge einander gegenüber.

Abstimmung

Minderheitsantrag Theres Agosti	102 Stimmen
Minderheitsantrag Walter Honegger	62 Stimmen

Ratspräsidentin Esther Guyer: Der Minderheitsantrag von Theres Agosti hat obsiegt. Jetzt gibt es aber offenbar einen Antrag auf Wiederholung der Abstimmung.

Antrag auf Wiederholung der Abstimmung

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Wir verlangen eine Wiederholung der Abstimmung. Offensichtlich wurde taktisch gestimmt. Das darf man ja auch, ich sage das ja, es ist nicht verboten. Die Mehrheit des Rates möchte eine Kürzung, und das ist jetzt nicht das Ergebnis. Deshalb verlangen wir eine Wiederholung der Abstimmung. Herzlichen Dank.

Abstimmung über den Antrag auf Wiederholung der Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 87 : 77 Stimmen (bei 1 Enthaltung), dem Antrag von Martin Hübscher auf Wiederholung der Abstimmung zuzustimmen.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Wir wiederholen die Abstimmung. Wir müssen uns kurz besprechen. Die Türen können geöffnet werden.

Wiederholung der Abstimmung im Cupsystem

Ratspräsidentin Esther Guyer: Bitte die Türen erneut schliessen, wir ermitteln die Anwesenden.

Anwesende Ratsmitglieder	169
Absolutes Mehr	85 Stimmen
Kommissionsmehrheitsantrag	88 Stimmen
Minderheitsantrag Theres Agosti	81 Stimmen
Minderheitsantrag Walter Honegger	0 Stimmen

Ratspräsidentin Esther Guyer: **Der Kommissionsantrag erreicht 88 Stimmen. Damit ist das absolute Mehr erreicht.**

Das Verfahren ist beendet, die Türen können wieder geöffnet werden. Herr Bischoff will eine persönliche Erklärung abgeben.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Was wir jetzt hier erleben, ist keine Sternstunde des Parlaments. Wir hatten eine ganz korrekte Cup-Abstimmung nach allen Regeln. Wir haben korrekt abgestimmt. Die SVP hat sich verzockt. Und wenn man sich verzockt, dann muss man das Resultat anerkennen. Das ist die Regel jedes Spiels und insbesondere auch des Parlaments. Und was Sie gemacht haben, ist extrem schlechter politischer Stil. Wenn man sich verzockt, akzeptiert man das und verlangt keine Wiederholung der Abstimmung, sonst machen wir uns hier einfach lächerlich.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Herr Hübscher möchte auch eine persönliche Erklärung abgeben, das darf er, aber das ist die einzige.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Ich möchte dem Fraktionspräsidenten der AL antworten. Geschätzter Markus Bischoff, du kannst sagen, was du willst: Die Mehrheit des Rates hat für eine Kürzung gestimmt. Du kannst sagen «das ist verzockt», aber genauso wie die Grüne Fraktion vorhin taktisch abgestimmt hat – das ist ihr gutes Recht, das darf sie –, haben wir hier ein Antragsrecht auf Wiederholung der Abstimmung. Das ist die Demokratie und dafür hat sich die Mehrheit entschieden, weil offensichtlich die Mehrheit des Rates auch eine Kürzung dieses Kredit-Betrags wollte. Und das ist schlechter politischer Stil, wenn man uns das nachher ankreidet. Herzlichen Dank für die Kenntnisnahme.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Ich hoffe, die Seelen beruhigen sich wieder. Wir sind immer noch nicht in Nordkorea.

Nun stellen wir noch fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht aus 180 Mitgliedern, weshalb es mindestens 91 Stimmen braucht. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung über Ziff. I der Vorlage 5811a

Für Ziffer I der Vorlage 5811a stimmen 167 Ratsmitglieder. Damit ist das erforderliche Quorum der Ausgabenbremse erreicht worden.

II.–V.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Infrastrukturprojekte Hochschulgebiet Zürich Zentrum 1. Entwicklungsachse

Antrag des Regierungsrates vom 24. März 2022 und geänderter Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 28. Februar 2023

Vorlage 5814a (*Ausgabenbremse*)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Ziffer römisch I untersteht der Ausgabenbremse.

Es liegt ein Minderheitsantrag auf Rückweisung vor, den Antrag behandeln wir nach dem Eintreten.

Andrew Katumba (SP, Zürich), Präsident der Kommission für Planung und Bau (KPB): Mit der Vorlage 5814 Infrastrukturprojekte Hochschulgebiet Zürich Zentrum, erste Entwicklungsachse, kommt wie angekündigt ein weiteres Geschäft zur Beratung, das eng mit dem vorangehenden Geschäft (*Vorlage 5811a*) verknüpft ist. Wenn Gebäude, wie das eben beschlossene, für tausende von Studierenden und Mitarbeitenden gebaut werden, braucht es dafür in unmittelbarer Umgebung entsprechende Infrastrukturen in Form von Strassen, Velowegen, Tramhaltestellen und aber auch Aufenthaltsorte. Für die Verkehrserschliessung ist grundsätzlich die Stadt Zürich zuständig. Die im Hochschulgebiet ansässigen Institutionen sind aber in die Planung der Infrastrukturen im Umfeld der Universität (*UZH*), der ETH und des Universitätsospitals (*USZ*) im Hochschulgebiet eng involviert. Als Planungsgrundlage dient der Masterplan. Darin haben sich die Institutionen, der Kanton und die Stadt Zürich auf einen Kostenteiler geeinigt. Die vorliegende finanzielle Beteiligung des Kantons für die erste Entwicklungsachse erfolgt in Form einer Subvention an die Standortgemeinde Zürich.

Um ein Regelwerk zur Qualitätssicherung zu erhalten, haben der Kanton und die Stadt Zürich zusammen mit dem USZ, der UZH und der ETH Zürich sowie drei Teams, bestehend aus Fachleuten aus den Bereichen Landschaftsarchitektur, Stadtplanung und Verkehrsplanung,

ein sogenanntes Weissbuch erarbeitet – Frau Bildungsdirektorin (*Regierungsrätin Silvia Steiner*) hat in ihrem Votum (*beim vorangehenden Geschäft*) darauf hingewiesen – und als Absichtserklärung im Sinne einer Selbstbindung verabschiedet. Als Kernstück des Weissbuches ist ein Stadtraumkonzept entstanden. Zur kooperativen Umsetzung der im Weissbuch vorgesehenen Projekte im öffentlichen Raum des Hochschulgebietes Zürich Zentrum, kurz HGZZ, haben die Vertragsparteien den Vertrag über die kooperative Umsetzung der ersten Entwicklungsachse des Hochschulgebietes Zürich Zentrum abgeschlossen. Mit der Vorlage 5814 beantragt der Regierungsrat nun dem Kantonsrat, unter Vorbehalt der Bewilligung der Projekte durch den Gemeinderat, der Stadt Zürich eine Subvention von rund 19 Millionen Franken auszurichten.

Gemäss Vereinbarung steuert der Kanton Beiträge an die vier Projekte – ich zähle auf – «Parkschale», «Polysteig» und «Gartensequenz/Querspange» bei und tritt zudem bestimmte Landflächen im Gebiet der Hochschule an die Stadt Zürich ab. Der grösste Teil der finanziellen Beteiligung, rund 15 Millionen Franken, entfallen auf das Projekt «Parkschale». Die «Parkschale» kommt beim Übergang vom Gloria-park zur Rämi- beziehungsweise Gloriastrasse zu liegen. Der baumreiche Kleinpark soll einen Begegnungsraum bilden und sich zudem als Treffpunkt mit einem kleinen Getränke- und Speiseangebot etablieren. Dabei soll das tieferliegende ehemalige Trinkwasserreservoir aus dem 19. Jahrhundert teilweise wieder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Für die Neugestaltung der Rämi- respektive Gloriastrasse sind lediglich rund 1,9 Millionen Franken vorgesehen. Das Projekt umfasst unter anderem eine teilweise Neuordnung der Tramhaltestellen, durchgehende Mittelinseln für Querungsmöglichkeiten für den Fussverkehr sowie zahlreiche Bäume.

Dieses Projekt sorgte in der KPB für hitzige Diskussionen, unter anderem darum, weil auf der Gloria- und der Rämistrasse Tempo 30 eingeführt werden soll. Und statt den bekannten Fussgängerstreifen sollen neu grossflächige Bodenmarkierungen vorgesehen werden, analog hier vorne auf dem Bullingerplatz (*vor dem Rathaus Hard*). Die Fussgänger sollen die Strasse künftig in einer Art Begegnungszone auf der gesamten Länge queren können. Die Fachplaner haben uns in der Kommission erläutert, dass damit der Verkehr nicht zum Stillstand kommen sollte, sondern, wenn auch mit reduziertem Tempo, kontinuierlich weiterfliessen soll. Ein Teil der Kommission befürchtet, dass dadurch der bereits heute entstehende Rückstau auf der Rämistrasse noch länger

wird und die Achse Rämi-/Universitätsstrasse für den MIV (*motorisierter Individualverkehr*) praktisch nicht mehr befahrbar sei. Eine Kommissionsminderheit beantragt daher, das Geschäft an den Regierungsrat für weitere Abklärungen zurückzuweisen.

Weniger umstritten ist das Projekt «Polysteig». Mit diesem Projekt, an dem sich der Kanton mit rund 1,8 Millionen Franken beteiligt, soll die Fusswegverbindung vom Central bis zu ETH und Uni attraktiver gestalten. Eine im unteren Bereich breit geöffnete Treppenanlage soll künftig entlang der bestehenden Poly-Bahn ins Hochschulgebiet führen. Dem Wunsch nach einer städtebaulich markanten Treppenanlage, wie zum Beispiel beim Montmartre in Paris oder die Potemkinsche Treppe in Odessa, kommt die Central-Treppe nicht nahe, zu eng sind die hiesigen Platzverhältnisse in Zürich.

Das Projekt «Gartensequenz/Querspange» schafft neue Fusswegverbindungen rund um die Gärten zwischen Künstlergasse, Polyterrasse und Hirschengraben. Die Gärten der öffentlichen Institutionen sollen neu auch für eine breitere Öffentlichkeit geöffnet werden. An diesem Projekt beteiligt sich der Kanton mit rund 750'000 Franken.

Die Kommissionsmehrheit beantragt dem Kantonsrat, den Subventionsbeitrag um 100'000 Franken zu erhöhen. Mit dem Betrag sollen an passender Stelle in unmittelbarer Umgebung des FORUM UZH zusätzliche Veloabstellplätze gebaut werden. Im Zusammenhang mit der Vorlage 5811 wurde festgestellt, dass die Anzahl der Veloabstellplätze rund um das Forum eher knapp bemessen sind. Da auf dem Gelände des Forums keine weiteren Flächen vorhanden sind, sollen diese nun an geeigneter Stelle und in unmittelbarer Umgebung gebaut werden. In der Kommission wurden ganz generell die unzureichenden Parkierungsmöglichkeiten insgesamt moniert. Angesichts des zunehmenden Personenaufkommens im Hochschulgebiet drängt sich hier eine baldige Lösung auf. Die Kommissionsmehrheit beantragt dem Kantonsrat daher, den Subventionsbeitrag um 100'000 Franken auf 19,364 Millionen Franken zu erhöhen.

Im Namen der Kommissionsmehrheit beantrage ich Ihnen, den Rückweisungsantrag abzulehnen und der Vorlage 5814a zuzustimmen. Besten Dank.

Walter Honegger (SVP, Wald): Wie wir bereits gehört haben, handelt es sich bei diesem Geschäft um eine ausserordentliche Subvention an die Stadt Zürich. Diese muss im Kantonsrat behandelt werden, weil es dafür keine gesetzliche Grundlage gibt. Eine solche Ausgabe muss also grundsätzlich sehr gut begründet werden, wenn wir Steuergelder dafür

verwenden sollen, zumal mit dem Lastenausgleich an die Stadt Zürich eigentlich genau solche Projekte mitfinanziert werden könnten. Nun, auch wir haben uns grundsätzlich davon überzeugen lassen, dass wir diesen verschiedenen Teilprojekten die Subvention des Kantons zusprechen könnten. Eine einzige Ausnahme ist das Teilprojekt «Rämi-/Gloriastrasse» mit der Trammittellage und dem ungeschützten respektive freien Queren der Gleise für die Fussgänger. Dazu dann mehr bei der Abstimmung zur Rückweisung. Wir treten grundsätzlich auf die Vorlage ein. Herzlichen Dank.

Jonas Erni (SP, Wädenswil): Wie wir wissen und soeben auch gehört haben, ist das FORUM UZH für 6000 Studierende und 1100 Mitarbeitende geplant. Ein solch grosses Projekt muss zwingend in eine städtebauliche Entwicklung für das ganze Areal eingebettet sein. Wichtiger Bestandteil bilden dabei die «Parkschale» und die Neugestaltung beziehungsweise die Verschiebung der Haltestelle Kantonsschule zur Rämi-/Gloriastrasse. Ein weiterer Teil ist die geplante «Querstange» in Form einer Gartensequenz, welche eine Durchquerung des Quartiers ermöglicht, und der damit verbundene «Polysteig», wie wir vom Präsidenten gehört haben, der einen direkten Aufstieg vom zentral ermöglicht. Das Projekt schafft somit einen Stadtgarten und bindet das Quartier ein. Die Begrünung leistet einen Beitrag zum Stadtklima und zur Aufenthaltsqualität. Für das Gesamtbild des künftigen Hochschulgebietes sind neben den einzelnen Bauten vor allem auch die Strassen und Freiräume dazwischen wesentlich. Diese Zwischenräume schaffen Identitäten, halten das Gebiet zusammen und verbinden es mit den umliegenden Quartieren. Das Strassenprojekt wie auch die ganzen Erschliessungen in diesem Gebiet sind auf Basis des Stadtraumkonzeptes erarbeitet und im Rahmen des Projektes Hochschulgebiet Zentrum Zürich entwickelt worden. Das heisst, das vorliegende Projekt ist Teil eines grösseren Ganzen und betrifft nicht nur diesen Bereich des FORUM UZH.

Auf Basis des Stadtraum-Konzeptes wurde das ursprünglich vorliegende Projekt weiterentwickelt. Zur Verbesserung der Verkehrsführung gibt es eine neue Tramhaltestelle beim Knoten Rämi-/Gloriastrasse in Form einer sogenannten Inselhaltestelle, wobei das Tram weiterhin ein Eigentrassee hat. Das wird auch auf der gesamten Rämistrasse so bleiben, weil man erkannt hat, dass es nicht möglich ist, auf der Rämistrasse Fahrstreifen zusammenzulegen, weil sie sowohl mit dem ÖV als auch mit dem MIV sehr stark belastet sind. Das heisst, auf der Rämistrasse verbleibt weiterhin ein Tram-Eigentrassee mit je rechts und links einem Fahrstreifen für den MIV. In der Gloriastrasse

besteht bereits heute bergwärts ein Eigentrassee für das Tram sowie eine Fahrspur für den MIV. Das wird auch in Zukunft so bleiben, insbesondere auch, weil dies die Rettungsachse für die Zufahrt zum neuen Notfall des USZ sein wird. Die einzige Änderung aus betrieblicher Sicht gibt es auf der Gloriestrasse: Stadteinwärts vom Vorderberg/Fluntern hinunter bis zum Gloria-Rank existiert heute Mischverkehr mit Tram und MIV auf der gleichen Fahrspur. Dieser Mischverkehr wird neu weitergeführt von der Tramhaltestelle Voltastrasse bis zur Kreuzung Gloria-/Rämistrasse.

Bedauerlich ist einzig die verpasste Chance, genügend Veloparkplätze für die Studierenden einzuplanen. Die KPB hat dies nun korrigiert und hofft, dass der Rat der Kommission folgt, da genügend Veloabstellplätze für ein attraktives Fahrradnetz essenziell sind. Wie wir sehen, handelt es sich um ein umfassendes Gesamtprojekt für die Stadt und die Bevölkerung, das gleichzeitig ein Symbol für eine neue Universität ist, die gegenüber dem Quartier offen ist, aber auch im Sinne eines römischen Forums-Treffpunkt für die Forschenden, Lehrenden und Lernenden funktioniert. Aus dieser Gesamtsicht ist es ein sehr erfreuliches Projekt und eine sinnvolle städtebauliche und raumplanerische Subvention für eine lebenswerte Stadt, die jeden Rappen wert ist.

Die SP unterstützt die vorliegende Subvention an die Stadt Zürich für die Infrastrukturprojekte des Hochschulgebietes Zürich und lehnt die Minderheitsanträge ab.

Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich): Ich votiere gleich zum Eintreten und zum Rückweisungsantrag, aber nicht zum Minderheitsantrag der GLP. Ich muss sagen, wir haben von der FDP einige Probleme mit dieser Vorlage gehabt. Wir haben die Richtplan-Debatte vor einigen Jahren betreffend Hochschulgebiet Zürich Zentrum massgeblich mitgeprägt. Die wichtigsten Änderungen, wie die Grösse des Perimeters und die Höhe der Gebäude, kamen von uns, von der FDP. Wir haben aber immer gefordert, dass die Erschliessung sehr wichtig ist. Die Erschliessung muss für die Studierenden, die Beschäftigten und Patienten gewährleistet werden. Sie muss einem Ansturm gerecht werden und die Institutionen müssen zu Fuss, mit dem ÖV, mit dem Auto und mit dem Velo immer gut erreichbar sein. Wir sind also immer hinter der Entwicklung des Hochschulgebiets Zürich Zentrum gestanden, das Wissens- und Gesundheits-Cluster ist eine einmalige Chance. Wir haben vorher auch Ja gesagt zum FORUM UZH. Das Hochschulgebiet Zürich Zentrum vereinigt unsere Werte, Innovation, Forschung, vernetzte Bildung, aber bei dieser Kreditvorlage hat es in unseren Augen viele

Schwachpunkte, die es verdienen würden, nochmals genau angeschaut zu werden.

Das erste Fragezeichen steht für uns schon im Titel: erste Entwicklungsachse. Gibt es eine zweite? Gibt es mehrere? Was beinhalten sie? Und wie viel kostet es? Wir wissen es nicht. Jedenfalls wissen wir nicht, was die weiteren finanziellen Auswirkungen sind.

Der Kanton Zürich ist in einen Vertrag eingebunden im Weissbuch und hat beim Stadtraumkonzept mitgearbeitet; alles nachzulesen. Gemäss diesem Vertrag steuert er für die genannten vier Projekte einen pauschalen Betrag in Form einer Subvention, die Zahlung, bei. Zur «Parkschale» gibt es nicht viel zu sagen, die FDP findet die Aufwertung des Parks gut. Sie dient den Studierenden, den Beschäftigten, den Patienten und Besuchern und vor allem auch der Quartierbevölkerung. Und der grösste Teil der Subvention heute kommt ebendieser «Parkschale» zugute. Der «Polysteig» ist für uns eine enttäuschende Aufwertung der bestehenden Treppenaufgänge. Es ist eine minimalistische Variante. Unserer Meinung nach wäre da mehr und Innovativeres möglich gewesen, wie wir bereits in der Richtplan-Debatte gefordert haben. Wir hatten Visionen von Rolltreppen, Liftanlagen vom Parkhaus Central und so weiter. Das Parkhaus Central ist mittlerweile stillgelegt. Der Kanton beteiligt sich mit 1,86 Millionen Franken am «Polysteig». Wir hoffen immer noch, dass die Erschliessung vom Central aus nochmals genau betrachtet wird. Und nicht gelöst ist auch die Erschliessung des Bellevue.

Weiter kritisieren wir die «Gartensequenz/Querspange». Sie ist auch noch sehr wenig konkret bekannt, nur so viel: dass Gärten geöffnet und für die Öffentlichkeit erlebbar gemacht werden. Wir werden uns wehren, wenn private Grundstücke davon betroffen sind. Der Kanton beteiligt sich an dieser Massnahme mit 344'000 Franken, nicht viel Geld, aber trotzdem: Wir werden diesen Punkt im Auge behalten.

Die grösste Kritik bringen wir bei der Neugestaltung Rämi-/Gloriastrasse an. Es handelt sich um eine überkommunale Strasse, die nicht nur die Institutionen, sondern die Stadt erschliesst. Neu ist durchgängig Tempo 30 geplant, keine Fussgängerstreifen mehr, dafür durchgehende Mittelinseln mit Querungsmöglichkeiten und zahlreichen Bäumen. Die Fussgänger können die Rämistrasse auf jeder Höhe überqueren und auch die Fahrzeuge können auf jeder Höhe die Mittelinsel überfahren. Tempo 30 gilt jetzt schon, aber es wird nicht aufgehen. Zusätzlich werden die Rettungsfahrzeuge nicht selten durch die Rämistrasse fahren. Das Tram hat ein Eigentrassee, kann somit 50 fahren, es geht einfach

alles nicht auf. Beim flächigen Queren wird immer auf Köniz verwiesen, dort funktioniere es. Unserer Meinung nach sind Köniz und die Rämistrasse nicht vergleichbar. Wir haben ein Universitätsspital und Hochschulen mit zehntausenden von Menschen, die ein und aus gehen, und den Strassenverkehr und sieben Tramhaltestellen, deren Takt noch weiter verdichtet werden soll. Wir reden über eine Strasse durch ein Hochschulquartier, bitte seien Sie sich das bewusst. Zusätzlich wird auch noch die Künstlergasse gesperrt und die Freiestrasse wird zur Velovorzugsrouten. Die Rämi- und Gloriestrasse werden durch den MIV somit noch weiter belastet. Das Konzept geht nicht auf. Den entsprechenden Subventionsbeitrag können wir in dieser Vorlage nicht kürzen, weil diesen ja die Bildungsdirektion bezahlt. Der Kanton bezahlt somit via Bildungsdirektion ein Verkehrskonzept, hinter dem wir nicht stehen können. Der Kanton hat nichts mehr zu sagen, die Stadt plant weiter. Wir stehen hier mit vielen Fragezeichen.

Wie anfangs gesagt, wir stehen hinter dem Hochschulgebiet Zürich Zentrum, aber das Verkehrskonzept sollte nochmals überdacht werden. Deshalb sind wir für die Rückweisung. Die Rückweisung wird heute keine Mehrheit haben. Es ist ein politisches Zeichen und von unserer Seite ein Mahnruf. Wenn der Regierungsrat und die Ratsmehrheit also auf diese alles andere als perfekte Vorlage eintreten wollen und nicht bereit sind, nochmals über die Bücher zu gehen, nehmen wir dies zur Kenntnis. Wir sind uns dann bewusst, dass es keine bessere Vorlage geben wird. Der Kanton hält sich ans Weissbuch. Deshalb werden wir der Vorlage am Schluss auch zustimmen, aber nur, weil wir wollen, dass es weitergeht, wir wollen nicht blockieren. Aber wir hätten gerne die beste Lösung für den besten Gesundheits-Cluster in Zürich, wenn nicht gar in der Schweiz. Es wird in der Stadt aber noch eine Volksabstimmung geben über die Neugestaltung Rämi-/Gloriestrasse, und dort werden wir uns bestimmt nochmals einbringen mit unseren Forderungen.

Monica Sanesi Muri (GLP, Zürich): Dem Antrag der Regierung für eine Subvention an die Infrastrukturprojekte im Hochschulgebiet stimmen wir Grünliberale zu. Die einzelnen Teilprojekte wurden bereits vorgestellt und stellen städtebaulich einen wichtigen Akzent. Die Teilprojekte sehen zum einen eine neue Verkehrsführung vor, die viel besprochen wurde und die aus unserer Sicht eine machbare Variante darstellen könnten. Zum anderen dienen die Teilprojekte sowohl der Hitzeminderung und somit dem Klimaschutz wie auch der Förderung der Biodiversität in der Stadt. Wir stellen zusätzlich den Antrag für eine Erhöhung

der Ausgaben um 100'000 Franken. Mit diesen Mehrausgaben sollen die öffentlichen Abstellplätze für Velos geschaffen werden. Diese sollen insbesondere den Studierenden und Besuchenden des FORUM UZH zur Verfügung stehen. Die Anzahl Veloabstellplätze, die bereits eingeplant war, wurde aus Platzgründen lediglich für die Mitarbeitenden gerechnet. Dies möchten wir mit dem Antrag verändern und sehen auch die bessere Veloführung mit mehr Veloschnellrouten bei der grundsätzlichen Affinität der Studierenden zum Velofahren. Da müssten, angrenzend am Perimeter, auch Veloabstellplätze für die Studierenden erstellt werden können. Der Subvention an die Stadt Zürich im Hochschulgebiet werden wir demnach zustimmen und dem Antrag auf Erhöhung werden wir auch zustimmen.

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen): Mit der vorliegenden Subvention wird ein ganzer Strauss von Projekten unterstützt. Der Kanton hat sicherlich ein Interesse, dass auch die Strassenräume um seine Bauten gut gestaltet sind, namentlich das Universitätsgebäude, das FORUM UZH und das Universitätsspital. Auch die Zugänglichkeit der Bauten insbesondere vom Bahnhof her soll über die «Gartensequenz» verbessert werden. Die Lage der Tramhaltestellen wird bezüglich der Eingänge von Uni und FORUM UZH optimiert. Wir begrüßen explizit auch die gewählte Trammittellage. Der geplante Verzicht auf die Fussgängerstreifen im Bereich der Rämistrasse/Gloriastrasse ist aber noch nicht konform mit den einschlägigen Normen, und hier möchte ich auch die Aussage von Andrew Katumba richtigstellen: Vor dem Rathaus haben wir eine Begegnungszone, und in der Begegnungszone haben Fussgänger immer Vortritt. Im Bereich der Gloriastrasse/Rämistrasse haben wir eine verkehrsorientierte Strasse, wo der motorisierte Verkehr auch bei Tempo 30 Vortritt hat, und Fussgänger müssen daher wegen der fehlenden Fussgängerstreifen warten, bis ihnen der motorisierte Verkehr den Vortritt gewährt. Die Argumentation, dass hier flächig gequert werden wird, ist eben nicht schlüssig, weil die Haltestellenkannten 30 Zentimeter hoch sind; da kann man nicht einfach flächig queren. Es wird eben so sein, dass sich die Fussgängerströme nach wie vor gebündelt am Anfang und am Schluss der Haltestellen konzentrieren und dort die Querung machen müssen.

Auch bezüglich Veloerschliessung des gesamten Quartiers gibt es noch Verbesserungsbedarf, und hier muss ich auch noch Monica Sanesi richtigstellen: Der Antrag hat in der Kommission eine Mehrheit erhalten, dass der Kredit um diese 100'000 Franken erhöht wird. Er ist somit Mehrheitsantrag und nicht mehr Minderheitsantrag.

Die Stadt hat im Baubewilligungsverfahren keine Veloabstellplätze für Studierende im Forum UZH gefordert. Es gibt nur Veloabstellplätze für Mitarbeitende. Das ist unverständlich und für uns nicht nachvollziehbar. Das Raumprogramm des FORUM UZH ist offensichtlich bis zum letzten Quadratmeter ausgequetscht worden, das wurde uns glaubhaft dargestellt. Wir haben daher die Forderung nach mehr Abstellplätzen nicht in Rahmen der FORUM-UZH-Vorlage eingebracht, sondern in diese Erschliessungsvorlage. Sie ist ja inhaltlich und baulich eng mit dem FORUM UZH verknüpft. Veloabstellanlagen im öffentlichen Raum machen insbesondere auch Sinn, da sie ja für verschiedene Nutzungen verwendet werden können. Sie dienen nicht nur dem FORUM UZH, sondern eben auch dem Hauptgebäude der Uni sowie dem Universitätsspital und allenfalls noch weiteren Nutzungen. Bitte unterstützen Sie den Mehrheitsantrag der KPB.

Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen): Neben den Gebäuden prägen die Frei- und die Strassenräume das Hochschulquartier. Ein umstrittenes Element ist die Verschiebung und Neugestaltung der Tramhaltestellen. Diese macht aus unserer Sicht jedoch Sinn. Mit der Verlegung der Haltestellen werden die Wege der mit dem ÖV kommenden Studentinnen und Studenten und der Mitarbeitenden kürzer und sie können direkt zu den Uni-Gebäuden gelangen. Die Mittelinseln erhöhen dabei die Sicherheit im Strassenverkehr. Zwar wird es dadurch kurze Wartezeiten für einzelne Autofahrer geben, da sie die Weiterfahrt des Trams abwarten müssen. Doch dies scheint uns verkraftbar zu sein. Als ich an der Uni Zürich studierte, war es nicht anders: Wenn sich mehrere hundert Studierende gleichzeitig beispielsweise vom Uni-Hauptgebäude oder vom Hörsaal Händeliweg zur Uni Irchel verschieben mussten und alle aufs Tram gingen, füllten sich die Strassen für kurze Zeit mit Menschen und für die Autos war ein ungestörtes Durchkommen nicht möglich. Wenn nun die Neugestaltung der Haltestellen die Wege verkürzt, die Menschenströme besser gelenkt werden und dadurch die Sicherheit im Strassenraum steigt, ist das nur wünschenswert.

Ein weiteres prägendes Element ist die «Parkschale», welche die verschiedenen Räume miteinander verbindet. Der Vorschlag überzeugt. Auch die Treppenanlage entlang der Poly-Bahn wie auch die Schaffung von Wegverbindungen rund um die Gärten, die allesamt die Zugänglichkeit und Querungen verbessern und erleichtern, finden wir unterstützenswert. Die Mitte unterstützt daher den Antrag, die Subvention in der Höhe von 19,264 Millionen Franken an die Stadt Zürich auszurichten.

Die Erhöhung um 100'000 Franken für die Schaffung von öffentlichen Abstellplätzen für Velos lehnen wir ab. Für die Mitarbeitenden sind Veloabstellplätze eingeplant. Darüber hinaus ist das Hochschulquartier gut mit dem ÖV erschlossen. Und mit dem mit der Verlegung der Haltestellen wird dies noch besser der Fall sein. Die Rückweisung lehnen wir ab. Besten Dank.

Michael Bänninger (EVP, Winterthur): Die EVP-Fraktion unterstützt die Erteilung einer Subvention an die Stadt Zürich für die Weiterentwicklung der Strassen und Freiräume zwischen den einzelnen Bauten des zukünftigen Hochschulgebietes. Die zukünftige Aufenthalts- und Fortbewegungsqualität in diesem Gebiet soll umsichtig geplant und realisiert werden. Wir anerkennen in diesen Projekten die Verantwortung des Kantons in Zusammenhang mit der guten Erreichbarkeit der Universitätsgebäude, der Realisierung einer zeitgemässen Standortattraktivität, inklusive ansprechender Grünräume als Erholungszone, die auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Wir von der EVP stimmen der Ausrichtung der Subvention zu, eine Rückweisung unterstützen wir nicht. Den Kommissionsantrag für die Erhöhung der Subventionen für die Schaffung von zusätzlichen Veloabstellplätzen befürworten wir. Besten Dank.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Ab jetzt beträgt die Redezeit fünf Minuten.

Marc Bourgeois (FDP, Zürich): Besten Dank, das sollte reichen. Durch den Gotthard fahren täglich 17'000 Fahrzeuge. Kein Mensch hier drin würde auf die Idee kommen, im Gotthardtunnel flächendeckendes Queren zu erlauben. Durch die Rämistrasse vor der Uni fahren täglich ähnlich viele Fahrzeuge, nämlich 16'100 ungefähr. Und doch sollen jetzt dort die Fussgängerinnen und Fussgänger als biologische Verkehrshindernisse eingesetzt werden. Irgendwie erinnert mich das an das Spiel «Chicken Run», wo die Hühner über die Strasse gejagt werden, und ja, die einen oder anderen kommen da nicht ganz heil auf der anderen Seite an. Die Rämistrasse ist keine Quartierstrasse. Sie ist die einzige Hochleistungsstrasse östlich der Limmat, die von Norden nach Süden führt, die einzige in der Stadt Zürich. Es ist die höchst kategorisierte Strasse gemäss Richtplan, alles andere sind dann Autostrassen und Autobahnen. Und auf so einer Strasse wollen wir auf einer längeren Strecke die Fussgängerinnen und Fussgänger ohne Hilfe über die Strasse jagen? Sorry, aber das ist einfach «bireweich».

Wer die Nordbrücke kennt und dort ab und zu mit dem Auto durchfährt, der weiss genau, wie verwirrend das ist, wie gewisse Fussgängerinnen und Fussgänger das Gefühl haben, sie hätten Vortritt, Autos wiederum zum Teil das Gefühl haben, sie hätten keinen Vortritt. Die Situation ist verwirrend und definitiv nicht hilfreich, viel weniger hilfreich als Fussgängerstreifen, die jede Person versteht. Auch die Begründung für Tempo 30 bleibt offen: Ist es Sicherheit? Nein, im Moment ist es kein Unfallschwerpunkt. Ist es Lärm? Wir haben dort keine Anwohnenden, also ist es wohl einfach reine Schikane. Die Konsequenz ist: Die Wohnquartiere im weiträumigen Umfeld müssen mit Schleichverkehr rechnen, weil sich die relativen Fahrzeiten verändern, und der ÖV wird verlangsamt und gleichzeitig verteuert. Auch der Mischverkehr Gloriestrasse stadteinwärts ist keine Notwendigkeit, sondern eine reine Schikane. Auch hier wird der Autoverkehr reagieren und auf andere Achsen in Wohnquartieren umschwenken. Dass die ÖV-Erschliessung wenig mutig ist, hat Sonja Rueff bereits erwähnt. Unter dem Strich dienen die Verkehrsanordnungen der Stadt weder dem Quartier noch der mobilen Bevölkerung, sondern lediglich der eigenen Ideologie.

Hans-Peter Amrein (parteilos, Küssnacht): Geschätzter Verkehrsexperte Bourgeois der FDP, es gibt einen Artikel 50 im Strassengesetz, ich zitiere diesen hiermit, auch wenn das der Regierungsrat, vertreten hier durch Frau Steiner, immer wieder abstreitet – ich weiss nicht, ob es ein Abkommen mit der Stadt Zürich gibt, damit dieser Artikel nie angewendet wird, wir haben es schon bei der Bellerivestrasse gesehen –, ich zitiere Artikel 50: «Anstelle der Städte kann der Staat» – also der Kanton – «jederzeit Strassen des kantonalen Verkehrsplans in diesen beiden Gemeinden Zürich und Winterthur erstellen oder ausbauen, wenn er das Vorhaben aufgrund der zeitlichen Festlegung der Richtplanung oder aus verkehrstechnischen Gründen für notwendig hält und die Standortgemeinde diese Verwirklichung ablehnt.» Genau um das geht es, Marc Bourgeois. Hört endlich auf mit diesen Floskeln! Nehmt eure Regierungsräte und sagt diesen Regierungsräten, die bürgerliche Regierung, die die bürgerliche Mehrheit soll diesen Artikel endlich durchsetzen. Und dann ist es fertig mit Tempo 30 auf den Hauptachsen. Und dann ist es fertig mit dem Rückbau der Hauptachsen. Offen, ehrlich und direkt, so stelle ich mir eine bürgerliche Politik vor.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

Minderheitsantrag Walter Honegger, Barbara Grüter, Hans Egli, Domenik Ledergerber, Sonja Rueff, Stephan Weber:

Die Vorlage wird an den Regierungsrat zurückgewiesen, mit dem Auftrag zu klären, welche Konsequenzen die Streichung der Subvention des Kantons für die Neugestaltung Rämi- / Gloriastrasse, Trammittellage auf das Projekt und dessen Finanzierung hätte.

Walter Honegger (SVP, Wald): Eine Rückweisung und nicht einfach eine Ablehnung haben wir aus den drei folgenden Gründen beantragt, welche das Projekt Gloria-/Rämistrasse betreffen:

Erstens: Die Planer und die Projektverantwortlichen konnten uns nicht überzeugen, dass das fussgängerstreifenlose Queren der Strassen auch wirklich funktioniert. Wir sind der Meinung, dass dies zu vielen gefährlichen Situationen gerade für gehbeeinträchtigte Personen führen wird. Auch die Aussage von Thomas Schweizer zeigt auf, dass eigentlich eine gebündelte Querung die Folge sein wird. Und da macht es ja wirklich Sinn, Fussgängerstreifen von Anfang an zu zeichnen.

Zweitens: Eine computersimulierte Darstellung habe aufgezeigt, dass es vor dem FORUM zu keinen oder nur geringfügigen Verzögerungen für den motorisierten Verkehr kommen würde. Dies ist für uns schwer nachvollziehbar, das heisst, wir konnten nicht wirklich überzeugt werden, dass die neue Verkehrsführung auch wirklich genügend funktioniert, damit es vor dem Hochhochschulgebiet zu keinem Kollaps kommen wird.

Drittens: Auf die Frage in der Kommission hin, was passiere, wenn der Kantonsrat dieses Teilprojekt ablehnt, wurde uns mitgeteilt, dass die ETH, die UZH und das USZ, also der Kanton, sich ursprünglich auf eine Drittelung dieser Kosten geeinigt haben und dass es nicht sicher ist, ob die beiden anderen Projektbeteiligten die ganzen Kosten übernehmen würden. In der gleichen Antwort wurde auch noch mitgeteilt, dass 5,9 Millionen Franken nicht abgeschriebene Werte von Strassen und Einrichtungen für die Neugestaltung geopfert werden. Dies erachten wir definitiv als zu hoch.

So haben wir den Rückweisungsantrag für das ganze Geschäft gestellt, mit der Idee, dass die kritisierten Punkte geklärt und verbessert werden können. Sofern dieser Antrag im Rat nicht durchgehen wird, werden wir konsequenterweise das gesamte Subventionsgesuch von fast 20 Millionen Franken ablehnen. Ebenfalls lehnen wir den marginalen Antrag der GLP ab, zusätzliche 100'000 Franken für die Schaffung von weiteren öffentlichen Veloabstellplätzen zu sprechen. Die Planer haben

sich an die gestellten Vorgaben gehalten und es besteht kein Grund, diese Vorgaben planlos umzustossen. Herzlichen Dank.

Peter Schick (SVP, Zürich): Ich möchte zu unserem Rückweisungsantrag noch etwas präzisieren, und zwar geht es um die Neugestaltung Gloria-/Rämistrasse, Trammittellage, das sogenannte flächige Queren. Bei den Tramstationen soll flächiges Queren ganz ohne Zebrastreifen möglich sein. Bei dieser wahnwitzigen Idee wurde ganz klar ein Teil unserer Bevölkerung nicht berücksichtigt oder bewusst weggelassen, und zwar die Tatsache, dass für Menschen mit Einschränkungen in der Wahrnehmung, zum Beispiel Seh- oder Hörbehinderte, oder in der Beweglichkeit und Reaktionsfähigkeit sowie auch für Kinder oder Personen, die altersbedingt ein erhöhtes Schutzbedürfnis haben, ein gefahrloses Überqueren der Strasse nicht möglich ist. Das wurde bis jetzt in beiden Voten überhaupt noch nie erwähnt. Wenn sogar die jetzige Tiefbauvorsteherin in der Stadt Zürich (*Stadträtin Simone Brander*) in einem Postulat, das sie noch als Gemeinderätin einreichte, bemängelte, ich zitiere aus dem Postulat: «Das vielzitierte und gelobte Beispiel Köniz kann nicht für die Tauglichkeit und Sicherheit beigezogen werden, da dort keine Trams verkehren und die Gesamtbreite der zu querenden Fahrbahn wesentlich geringer ist. Der stark zunehmende Veloverkehr und das grosse Gefälle der Gloriastrasse sind ebenfalls nicht vergleichbar mit Köniz.» Bemerkung meinerseits: Die Tiefbauvorsteherin kann jetzt ihr Postulat beantworten und eine Lösung präsentieren. Da können wir gespannt sein, was dann da herauskommt. Jetzt wollen uns die Regierung und ihre Planungsteams weismachen, dass es hier funktionieren soll.

Das Einzige, das funktionieren wird, ist, dass der MIV komplett zum Erliegen kommt und es wahrscheinlich nicht lange geht, bis es da «chlöpft» zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern. Auf diese Fragen und noch viel mehr bekamen wir nur ungenügende Antworten. Und immer wieder hiess es, dass es bei Computersimulationen funktioniert hätte. Die anderen Subventionsbeiträge, wie schon von Herrn Honegger erwähnt, könnten für uns in Ordnung sein. Aber bei diesem Punkt ist es ungenügend, mangelhaft, darum soll das Geschäft an den Absender zurückgeschickt werden.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Rückweisungsantrag von Walter Honegger gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 99 : 77 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen.

*Detailberatung**Titel und Ingress*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I.

Minderheitsantrag Walter Honegger, Hans Egli, Barbara Grüter, Marzena Kopp, Domenik Ledergerber, Sonja Rueff, Stephan Weber:
I. Für die Infrastrukturmassnahmen der 1. Entwicklungsachse im Hochschulgebiet Zürich Zentrum wird der Stadt Zürich – unter Vorbehalt der Bewilligung der Projekte durch den Gemeinderat der Stadt Zürich – eine Subvention von Fr. 19'264000 ausgerichtet.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Walter Honegger gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 86 : 83 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Nun stellen wir noch fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht aus 180 Mitgliedern, weshalb es mindestens 91 Stimmen braucht. Kommen weniger als 91 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung

Für Ziffer I der Vorlage 5814a stimmen 121 Ratsmitglieder. Damit ist das erforderliche Quorum der Ausgabenbremse erreicht worden.

II.–V.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Unterricht in verschiedenen Anforderungsstufen ohne Auflösung des Klassenverbands

Antrag des Regierungsrates vom 5. Oktober 2022 zum Postulat KR-Nr. 210/2018 und gleichlautender Antrag der Kommission für Bildung und Kultur vom 21. Februar 2023

KR-Nr. 210/2018

Christoph Ziegler (GLP, Elgg), Präsident der Kommission für Bildung und Kultur (KBIK): Dieses Postulat musste in der KBIK nicht lange diskutiert werden, weil der Regierungsrat das Anliegen aufgenommen und eine Verordnungsänderung im Sinne der Postulanten beschlossen hat. Neu ist nun in der Sekundarschule, als Spezialfall, auch innerhalb von Stammklassen die Bildung von Gruppen mit unterschiedlichen Anforderungsstufen erlaubt.

Grundsätzlich noch eine Bemerkung zu den Schulsystemen im Kanton Zürich: Bei organisatorischen Fragen sind die Schulgemeinden zuständig. Die Grenze zwischen Gegliedert und Dreiteiliger Sekundarschule verwischt sich immer mehr. Es gibt eigentlich nicht nur zwei Modelle, sondern eine Vielzahl von Modellen, je nach Situation der einzelnen Gemeinden und deren Bedürfnisse. Das Volksschulamt mischt sich hier nicht ein, sondern macht lediglich das Monitoring.

Die KBIK spricht sich einstimmig für eine Abschreibung des Postulates aus.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Auch wir Grüne sind froh, dass die Bildungsdirektion trotz anfänglichem Widerstand eine Lösung für das Postulatsanliegen gefunden hat. Die Schulen erhalten mit der angepassten Volksschulverordnung weitergehende Freiheiten bei der Unterrichtsorganisation. Für Eltern wird es im Kanton Zürich aber nicht unbedingt einfacher, sich im Dschungel der Sekundarschul-I-Modelle zu rechtzufinden. Matthias Hauser hat bei der Überweisung des Postulates von über 30 verschiedenen Modellen in unserem Kanton gesprochen. Wir Grünen stellen diese Modellvielfalt angesichts der heute ohnehin notwendigen Binnendifferenzierung doch eher infrage. Gemeindeautonomie und die unterschiedlichen lokalen Gegebenheiten in Ehren, eine solche Ausdifferenzierung ruft eigentlich geradezu nach einer Integration, das heisst nach einer Reduktion und Vereinfachung der Modelle. Bei der Überweisung des Postulats hat die Bildungsdirektorin (*Regierungsrätin Silvia Steiner*) darauf hingewiesen, dass es Sinn machen würde, das ganze System einmal näher zu überprüfen. Dazu möchten

wir Grünen sie ermutigen. Dass wir auf der Sekstufe I noch ein gewaltiges Potenzial für die Stärkung des individualisierten Unterrichts haben, zeigt uns auch jeweils der Jahresbericht der Fachstelle für Schulbeurteilung. Erst gut 20 Prozent der Schulen verfügen im Bereich der individuellen Lernbegleitung über eine exzellente Praxis, rund 80 Prozent nur gerade über eine funktionsfähige. Das mit der angepassten Volksschulverordnung ermöglichte vereinfachte Organisationsmodell sollte aber letztlich genau zu dieser Stärkung der individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern beitragen. Wir Grüne schreiben in diesem Sinn und Geist das Postulat ab. Danke.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Zuerst gerade an Karin Fehr von vorhin: Also die Modellvielfalt ist cool und die sollte ja nicht eingeschränkt werden, die Modellvielfalt im Kanton Zürich, zumal man ja weiss, dass das Modell für den Bildungserfolg sehr marginal, also zweitrangig ist, es spielt gar keine Rolle. Was aber eine Rolle spielt, ist, ob die Lokalen, die das Modell umsetzen müssen, sich mit einem Modell identifizieren. Und deshalb ist es wichtig, dass das zu den Menschen passt, die in einer Schulgemeinde angestellt sind, unterrichten oder auch in die Schule gehen, auch zu den Eltern passt. Deshalb: Die Modellvielfalt ist wichtig.

Nun zum Postulat: Vielen Dank an die Regierung, dass die Forderung des Postulates nun mit einer einfachen Verordnungsänderung umgesetzt worden ist. Nun ist es legal, dass, wenn zum Beispiel in einer Sekundarklasse der Abteilung A zwei Anforderungsprofile im Fach Mathematik vertreten sind, die Schülerinnen und Schüler zwei dieser Anforderungsprofile haben oder sogar drei, dann dürfen sie diese nun in der gleichen Klasse unterrichten, ohne dass die Schülerinnen und Schüler die Lerngruppe wechseln müssen, sich mit anderen Lerngruppen mischen müssen, und das vereinfacht sehr vieles im Alltag. In Zürich fand das bisher schon in vielen Klassen so statt, eigentlich ohne die Erlaubnis der Bildungsdirektion. In Winterthur wollte man es einführen und da wurde es eben verhindert, weil die Verordnung dies nicht zuliess. Und nun wurde die Verordnung entsprechend geändert. Was mich ein bisschen erstaunt hat am Anfang, das war, dass es hiess, das sei komplex und man könne das nicht und man müsse alles aufrollen und es gäbe eine lange Sache, und schlussendlich war es doch nur eine kleine Änderung – aber das ist nun Geschichte. Ich bin letztendlich sehr dankbar, dass es nun umgesetzt ist, und das Postulat kann abgeschrieben werden. Merci, Frau Steiner.

Carmen Marty Fässler (SP, Adliswil): Auch wir von der SP haben für die Unterstützung des Postulates gestimmt. Wir befürworten, dass die Schulen eine schulorganisatorische Möglichkeit für eine flexiblere Handhabung dazubekommen sollen. Lerngruppen, welche gut funktionieren, und eine positiv besetzte Beziehung zu einer Lehrperson sind wichtige Faktoren, um ein erfolgreiches Lernen zu ermöglichen. Wichtig ist jedoch, dass die Schülerinnen und Schüler auch auf der Sekundarstufe individuell gefördert werden können und eine Differenzierung stattfinden kann. Dafür müssen die nötigen Ressourcen vorhanden sein. Es braucht unbedingt Überlegungen, was bezüglich Chancengerechtigkeit gemacht werden kann, sodass mehr individualisierter Unterricht auch auf der Sekundarstufe in jeder einzelnen Klasse durchgeführt werden kann. Hier wünschen wir uns seitens SP grundsätzliche Überlegungen zum System. Bereits an der Kantonsrats Sitzung im November 2020 wurde seitens Regierung ausgeführt, dass das ganze System angeschaut und geprüft werden soll, bereits vorher hat das auch Karin Fehr von der Grünen Partei erwähnt. Auf diese Ergebnisse der Überprüfung sind wir sehr gespannt.

Da nun die gewünschte Änderung, nämlich, dass auf der Sekundarstufe I der Unterricht in verschiedenen Anforderungsstufen auch im gleichen Klassenverband wie der Unterricht in Stammklassen möglich ist, neu in der Volksschulverordnung mit diesem Zusatz «in der Regel» aufgenommen wird, steht auch von unserer Seite her einer Abschreibung nichts mehr im Weg.

Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon): Manchmal können einem nur schon drei Worte glücklich machen. Nein, ich rede jetzt nicht von «Ich liebe dich», im hier vorliegenden Thema sind es die Worte «in der Regel». Die Worte «in der Regel» eröffnen die Möglichkeit, dass man Schülerinnen und Schüler in einem unveränderten Klassenverband belassen und sie dennoch in verschiedenen Anforderungsstufen unterrichten darf, wenn dies Sinn macht. Das war die Forderung dieses Postulates von Matthias Hauser und auch von uns als EVP mitunterzeichnet, ein Postulat aus der gelebten Schulpraxis. Unsere Bitte wurde von der Bildungsdirektion erhört, eben mit den kurzen drei Worten «in der Regel». Da bleibt mir nur noch zu sagen: Herzlichen Dank dafür, Sie machen uns glücklich.

Ratspräsidentin Esther Guyer: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wurde nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

56

Das Postulat KR-Nr. 210/2018 ist abgeschlossen.

Das Geschäft ist erledigt.

Schluss der Sitzung: 11.55 Uhr

Es findet eine Nachmittagssitzung mit Beginn um 14.30 Uhr statt.

Zürich, den 27. März 2023

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 17. April 2023.